



***Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirchenkreise Trier,
Simmern-Trarbach und
An Nahe und Glan gGmbH***

Jahresbericht 2022

Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirchenkreise Trier,
Simmern-Trarbach und An Nahe und Glan gGmbH
Theobaldstraße 10, 54292 Trier
Telefon-Nr.: 0651 20 900-50
Fax-Nr.: 0651 20 900-39
E-Mail: sekretariat@diakoniehilft.de

Du bist ein Gott, der mich sieht.
Genesis 16, 13



Liebe Schwestern und Brüder,
hohe Synode,

das Jahr 2022 liegt längst hinter uns und sicherlich haben Sie alle auch die Jahreslosung 2023 bereits schon des Öfteren gelesen, gehört oder selbst als Anknüpfungspunkt für Andachten genutzt. Warum also dieser Vers nun erneut und sogar für einen Bericht, der das schon seit Monaten abgelaufene Vorjahr zum Hauptinhalt hat. Weil der Vers in seiner Kürze und Schlichtheit trotzdem so viel enthält, was die Beziehung zwischen Gott und uns Menschen als seiner Schöpfung, aber auch was die Zwischenmenschlichkeit sowie den kirchlich-diakonischen Auftrag betrifft.

Als Kirche versuchen wir uns aktuell neu zu definieren und dabei stets die noch vorhandenen Mitglieder im Blick zu behalten, optimaler Weise auch Menschen für ein Mittun in unserer evangelischen Kirche zu begeistern. Diese Menschen gilt es mit ihren Bedürfnissen und Wünschen zu sehen. Gleiches trifft aber auch auf die Arbeit unserer kreiskirchlichen Diakonie zu. Wir versuchen darin täglich den Menschen mit seinen Sorgen, Nöten, Ängsten und eigenen Herausforderungen zu sehen. Das macht einerseits Kirche sichtbar, ist aber auch ein Abfedern der Tendenzen zur gesamtgesellschaftlichen Spaltung und, was ich an dieser Stelle ganz deutlich benennen möchte, zur äußerst Demokratie-kritischen Stimmung, die um sich zu greifen scheint.

Das Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger sinkt, rechtspopulistische Parteien, die sich mittlerweile zum Teil ganz offen demokratiefeindlich geben, erzielen hohe Umfragewerte und eine Reaktion darauf sind dann abstruser Weise zum Beispiel Kürzungen im Bundeshaushalt bei den Programmen zur Integration von Geflüchteten, Freiwilligendiensten oder auch der Eingliederung von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt. Dazu unter anderem ein Kindergrundsicherungskompromiss, dessen nachhaltige Wirkung in der jetzigen Form bezweifelt werden muss. Es sind fordernde Rahmenbedingungen, bei denen wir uns als Kirche und Diakonie positionieren und versuchen, die Menschen hinter den Zahlen zu sehen, wie Gott unsere Nöte und Sorgen sieht. Das schließt eine Wahrnehmbarkeit in der öffentlichen Debatte zu den großen Themen ein.

Auch versuchen wir abseits der Klient:innenebene, die Diakonie als evangelisches Hilfsangebot in unseren Kirchenkreisen sichtbar zu machen. Das gelingt angesichts der im Südrhein vorhandenen Flächenkirchenkreise mal mehr und mal weniger, sicherlich wäre an manchen Stellen auch mehr Gemeindegliederung wünschenswert, aber mit den vorhandenen Ressourcen ist die Bilanz durchaus nicht schlecht und Sichtbarkeit ebenfalls gegeben.

Diakonie als wahrnehmbarer Teil einer Kirche, welche die Menschen sieht. Sicherlich auch ein Aspekt der weiteren Diskussionen zur zukünftigen Ausrichtung unserer Kirche auf noch kommenden Landessynoden.

Was sehen wir noch – als formales Merkmal, ganz losgelöst von biblischen Textzeilen, hat sich unser Name geändert. Er ist länger geworden, weil im Jahr 2022 erstmalig der Kirchenkreis An Nahe und Glan mit seinen Beratungsdiensten in Bad Kreuznach und Umgebung ein Teil unseres Diakonischen Werkes ist. Und aller Voraussicht nach war dies nicht die letzte Namensänderung, denn der Kirchenkreis Wied trägt sich ebenfalls mit dem Gedanken, in unsere gemeinsame Diakonie einzutreten. So haben wir mittlerweile um die 100 Mitarbeiter:innen bei uns angestellt, deren Zahl in Zukunft eventuell noch wachsen wird. Außerdem sind wir weiterhin Träger der Ökumenischen Sozialstation in Trier mit ca. 40 Dienstnehmer:innen.

Das Jahr 2022 war ansonsten auch bei uns sicherlich von den Themen geprägt, die landesweit die Schlagzeilen bestimmt haben. Allen voran natürlich der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der gerade im Bereich der Arbeit mit Geflüchteten einen großen Einfluss hatte. Darüber hinaus die daraus resultierenden hohen Energiekosten, Inflation und allgemeine Unsicherheiten vor dem Hintergrund, dass vielen Menschen – mir selbst übrigens auch – die Vorstellungskraft fehlte, in Europa einen Krieg erleben zu müssen. Darüber hinaus sind wir auch weiterhin in der Fluthilfe aktiv, wo wir mittlerweile um die 1.000 Beratungen geführt und ungefähr 420 Haushalte mit Beihilfen aus den Spenden der Diakonie-Katastrophenhilfe unterstützt haben.

Ist die Fluthilfe ein Bereich, der weitestgehend ausfinanziert ist, kann man dies für die einzelnen Beratungsdienste nicht behaupten. Den Menschen zu sehen und zu unterstützen, kostet Geld und zwar auch viel Kirchensteuergeld. So angemessen Tariferhöhungen angesichts hoher Inflationsraten für die Mitarbeiter:innen sind, stehen wir als Träger immer wieder vor der Herausforderung, dass Refinanzierungsmittel nicht daran angepasst oder sogar noch gekürzt werden. Die Anerkennung und Sicht auf Subsidiarität seitens der öffentlichen Stellen verändern sich dabei zum Teil. Neben weiteren äußeren Rahmenbedingungen, welche auch Kirchenkreise und Kirchengemeinden beschäftigen, (Digitalisierung, Compliance-Richtlinien, Hinweisgeberschutzgesetz, neue arbeitsrechtliche Regelungen etc.), macht es die Arbeit abseits des rein Sozialen ebenfalls fordernd, weil mehr Aufgaben auch bedeuten, dass mehr Personalressourcen notwendig sind, die ebenfalls finanziert werden müssen.

Vor diesem Hintergrund sind wir den Kirchenkreisen besonders dankbar für die Unterstützung, aber natürlich auch den öffentlichen Fördermittelgebern sowie unseren vielen Privatspendern. Ein weiterer großer Dank geht, wie in jedem Jahr, an unsere unermüdlichen Ehrenamtlichen, die ebenfalls Unterstützungsbedarf sehen und diesen dann leisten.

Die Möglichkeiten eines Trägers, seine Klient:innen zu sehen, steht und fällt mit der Dienstgemeinschaft. Ein Dankeschön an unsere fachlich kompetente und engagierte Mitarbeiter:innen, die an erster Stelle für die Menschen da sind. Trotz zum Teil großer Schwierigkeiten, vakante Stellen zu besetzen (Stichwort „Personalmangel“) gelingt es mit etwas mehr Geduld dann des Öfteren auch, Personen für unsere Arbeit zu gewinnen, die sich mit ganz viel Motivation einbringen.

In durchaus komplizierten Rahmenbedingungen den Durchblick zu behalten, das Relevante zu sehen, mit enger werdenden finanziellen Spielräumen umzugehen und entsprechend zu agieren, ist die große aktuelle Herausforderung in unserer Diakonie und in der evangelischen Kirche sicherlich allgemein. Mit der Gewissheit, dass Gott uns dabei sieht und weiterhin Kraft gibt, werden sich die Lösungswege zwar nicht durchgehend einfach darstellen, aber auch keineswegs komplett versperrt sein. Darauf vertrauen wir.

Auf den kommenden Seiten erhalten Sie, gegliedert nach den verschiedenen Handlungsfeldern, einen etwas detaillierteren Einblick in unsere tägliche Arbeit. Wie immer freue ich mich auch über persönliche Gespräche und Rückfragen dazu.

Herzliche Grüße



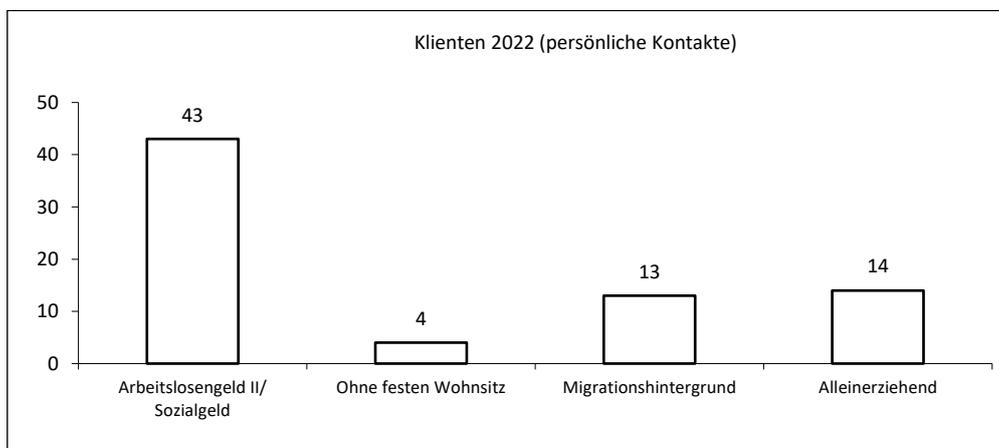
Carsten Stumpfenhorst

Allgemeine Soziale Beratung (ASB)

Die Allgemeine Soziale Beratung wird von verschiedenen Mitarbeitern des Diakonischen Werkes durchgeführt. Im Berichtszeitraum wurden 74 Menschen innerhalb des ASB beraten. Im Regelfall konnte das Problem mittels einer einmaligen Beratung gelöst werden. Vereinzelt wurden (z. B. aufgrund fehlender Unterlagen) mehrere Termine wahrgenommen oder waren aus anderen Gründen notwendig. Hinzu kamen eine Vielzahl telefonischer Anfragen zu den verschiedensten sozialen Bereichen sowie vereinzelt Hilfeanfragen per E-Mail.

Einem Großteil der Klienten konnte direkt geholfen werden; die anderen wurden zu verschiedenen Fachdiensten (z. B. Schuldnerberatung, Suchtberatung) innerhalb und außerhalb des Hauses weitervermittelt.

Die meisten Klienten bezogen Leistungen im Rahmen des zweiten Sozialgesetzbuches (Hartz IV), Grundsicherung oder Rente. In vielen Fällen waren noch andere Familienmitglieder (meistens Kinder) beteiligt. Das Einkommen lag weitestgehend im unteren Einkommensbereich; dementsprechend standen Nachfragen bezüglich finanzieller Beihilfen in besonderen Problemsituationen im Vordergrund. Teilweise kamen Klienten nach Hinweisen von Pfarrern der Stadt und des Kirchenkreises. Neben Mitteln zur sofortigen Hilfe (z. B. durch Lebensmittelgutscheine), wurde stets versucht eine längerfristige Konsolidierung zu erreichen. Hierzu waren vor allem Kontakte mit den jeweils zuständigen Arbeits- und Sozialbehörden erforderlich. In einigen Fällen konnte durch Zuhören und das Gespräch schon geholfen werden.



Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Eltern-Sein wird in unserer schnelllebigen Gesellschaft immer herausfordernder. Zahlreiche Anforderungen und Rollen müssen erfüllt werden. Häufig müssen beide Eltern gleichzeitig viele Stunden erwerbstätig sein. In Krisenzeiten wie der Pandemie, in der noch die Fremdbetreuung wegbricht, stehen Eltern an ihrer Belastungsgrenze. Hinzu kommen aktuell noch Krieg und Klimakrise, die sich zusätzlich belastend auf (werdende) Eltern, Kinder und Beziehungen auswirken. Das wird in allen Beratungsangeboten und - Dienststellen sehr deutlich.

Die Anzahl der Ratsuchenden, die die allgemeine Schwangerenberatung aufgesucht haben, ist insgesamt gestiegen, insbesondere die mit hohen psychischen Belastungen. Es ist besonders schwierig, dass die Wartezeiten der Psychotherapieambulanzen und auch bei den niedergelassenen Therapeut:innen fast bis zu einem Jahr dauern.

Die Herausforderung für die Beraterinnen ist, dass die psychisch hochbelasteten Schwangeren neben den unterstützenden Angeboten weitaus mehr stabilisierende Beratung brauchen.

Ähnlich schwierig ist es für einige Familien eine Kinderarztpraxis zu finden, die neue Patient:innen aufnimmt. Für junge Eltern, und besonders für die Familien aus anderen Herkunftsländern, stellt dies ein großes Problem dar. Gerade die wichtigen U-Untersuchungen, die auch in Kombination mit der Kontrollfunktion des Gesundheitsamtes stehen, können dann oft nicht durchgeführt werden. In einem Fall berichtete eine junge Mutter, dass ein Kinderarzt die drei ersten Kinder behandelte, jedoch das nächstgeborene vierte Kind nicht aufnehmen konnte.

Der Anteil der Menschen aus anderen Herkunftsländern ist gegenüber dem Vorjahr insgesamt um ein Drittel gestiegen. Ab Mitte des Jahres sind auch Frauen aus der Ukraine in unsere Beratungsstellen gekommen. Hier bewährt sich die stetige und gute Zusammenarbeit mit unseren Fachdiensten der Migration, an die wir unkompliziert weitervermitteln, und auch deren Sprachmittler:innen in die Beratungen mit einbeziehen können.

Trotz allem gibt es immer wieder Einzelfälle in denen es schwierig ist, binnen kurzer Zeit, Dolmetscher:innen zu finden; und dann ist der Kontakt zu den Klient:innen sehr anstrengend und kompliziert.

Viele Behörden, wie z. B. das Jobcenter waren nicht mehr so zugänglich wie vor der Pandemie. Persönliche Kontakte waren nur eingeschränkt und mit größerem Verwaltungsaufwand möglich. Die Digitalisierung des Jobcenters stellt besonders Personen vor Herausforderungen, die keinen Laptop und keinen Drucker sowie Scanner besitzen und die erforderlichen Anträge nicht bearbeiten oder ausdrucken können. In Fällen der Existenzsicherung setzt dieses Verfahren Familien unter zusätzlichen Druck und erfordert erheblichen Mehraufwand. Besonders Familien mit Migrationshintergrund benötigten bei der Antragsstellung von Sozialleistungen wie SGB II, Elterngeld, Kinderzuschlag oder Wohngeld, eine umfassende Unterstützung.

Die Schwangerenberatung begab sich für den Zeitraum von einem Jahr in der Öffentlichkeitsarbeit auf neue Wege. Auf einem Instagram Account wurden regelmäßig Beiträge unserer Angebote und Informationen hochgeladen. Damit konnten sich Frauen und Familien auf neuen Kanälen über die Arbeit der Schwangerenberatung informieren. Als Resümee zum Ende dieses Projekts steht die Erkenntnis, dass dieses Medium deutlich zur Erweiterung unseres fachlichen Netzwerks beitragen konnte, jedoch der Zeit- und Arbeitsaufwand für diese Art von Öffentlichkeitsarbeit die aktuellen Ressourcen übersteigt. Der Account wurde zum Jahresende gelöscht.

Auch in der Schwangerschaftskonfliktberatung sind die Beratungszahlen angestiegen. Die zunehmenden Krisen und die damit verbundenen Preissteigerungen sind sehr häufig angesprochene Themen in der Konfliktberatung. Nicht nur die finanzielle Situation der Familien hat sich verschlechtert, auch die psychosozialen Belastungen innerhalb des Familiensystems sind merklich angestiegen. So fällt es den Ratsuchenden die zur Konfliktberatung kommen zunehmend schwerer sich für das Kind zu entscheiden. Kommt zur äußeren Krise dann noch ein persönlich schweres Schicksal hinzu, wie Krankheit oder Arbeitsverlust, nimmt die Bereitschaft zur Fortführung der Schwangerschaft noch mehr ab.

Die Frauen klagten auch über die Situation in den Kindergärten. Krankheitsbedingter Personalmangel führte zu kürzeren Öffnungszeiten, bzw. verlangte von den nicht berufstätigen Müttern, die Kinder ganz zuhause zu lassen. Die berufstätigen Mütter, die schon während der Pandemie, überwiegend für die Betreuung zuhause verantwortlich waren, mussten auch diesmal wieder Fehlzeiten auf ihren Arbeitsstellen in Kauf nehmen. So sagten einige Frauen, „dass sie nicht mehr können“ und „alles zu viel“ werde.

Problematisch ist auch, dass es immer weniger Praxen gibt, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, da viele ältere Ärzt:innen in Rente gehen und meist keine Neuen folgen. Darüber hinaus gibt es

von staatlicher Seite keine Adressliste von Praxen die Abbrüche vornehmen. Es sind die Schwangerenberatungsstellen, die sich um aktuelle Adressen kümmern müssen.

Die Anfragen nach sexualpädagogischen Angeboten sind trotz Pandemie im Berichtszeitraum gleich stark geblieben. Die Nachfrage erstreckte sich auf alle Schulformen und Klassenstufen. Inhaltlich ging es um klassische Themen wie Verhütung, Schwangerschaft oder Schwangerschaftsabbruch. Behandelt wurden darüber hinaus auch erweiterte Bereiche wie Freundschaft und Liebe, Grenzen setzen oder eingefahrene Rollenmuster hinterfragen.

Des Weiteren fanden zwei Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Pfarrerinnen aus dem Kirchenkreis statt. Es wurden zwei unterschiedliche Konzepte entwickelt. Eine Pfarrerin wünschte sich ein Konfirmandenprojekt zum Thema „Resilienz in Krisen“. Gemeinsam mit einer Kollegin aus der Erziehungsberatung wurde ein Konzept entwickelt und durchgeführt. Das zweite Projekt umfasste die Themen Freundschaft, Liebe, Körper und Sexualität.

Die sexualpädagogische Arbeit half darüber hinaus, sozial schwächere Schülerinnen und Schüler in ihren Kompetenzen zu stärken. Unsicherheit und auch Schamgefühl beim Thema Sexualität betraf in besonderem Maße auch Menschen mit Migrationshintergrund. Vor allem Mädchen und Frauen schämten sich über das Thema frei zu sprechen, bei jungen Männern äußerte sich diese Unsicherheit eher in einem übersteigertem Männlichkeitsbild. Ziel sexualpädagogischer Arbeit ist es hier, Konzepte zu entwickeln, die dies auffangen und langsam verändern könnten.

Auf dem Instagram Account der Diakonie RWL wurde eine Themenwoche zur Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung organisiert. Wir haben uns an dieser Themenwoche mit einem Video zur Sexualpädagogik beteiligt, welches auf dem Kanal der Diakonie RWL veröffentlicht wurde.

wellcome

Auf Grund des Wandels von Familienstrukturen bleiben junge Eltern auf Unterstützungssysteme angewiesen. Daher ist und bleibt das wellcome-Angebot weiter relevant für Familien, Eltern-Kind-Beziehungen und Partnerschaftsrollen.

Im Berichtsjahr haben wir in Trier insgesamt 30 (werdende) Eltern erreichen können; im Haushalt der Familien lebten 48 geborene und 15 noch ungeborene Kinder. Die Familienstrukturen der Hilfesuchenden sind sehr vielseitig. So konnten wir fünf alleinerziehende Eltern und sieben Familien mit Migrationsgeschichte beraten und unterstützen.

In dem seit 2009 bestehenden wellcome-Projekt in Bad Kreuznach engagierten sich im Berichtsjahr 15 Ehrenamtliche und unterstützten neun Familien in denen 20 Kinder lebten, mit praktischer Hilfe. Davon waren drei Mütter alleinerziehend. Zwei Familien hatten Mehrlinge. Zwei Kinder wurden mit einem Handicap geboren und drei Kinder kamen etliche Wochen zu früh auf die Welt.

Vermehrt baten die Familien um Unterstützung bei der Wohnungssuche. So wohnt eine alleinerziehende Mutter mit drei kleinen Kindern seit Jahren in einer 1,5 Zimmerwohnung. Die Situation wurde besonders schwierig, wenn die Kita krankheitsbedingt und wegen Personalmangel alle nicht arbeitenden Mütter bat, die Kinder zuhause zu lassen. Beschwerden der Nachbarn über Lärmbelästigung setzten die Mutter zusätzlich unter Druck. Die Koordinatorin half bei der Verständigung mit der Wohnbaugesellschaft, sowie beim Ausfüllen von Anträgen bei weiteren Vermietungsgesellschaften.

Drei Familien waren zusätzlich belastet durch Krankheit eines Elternteils bzw. durch die Krankheit des Neugeborenen. Hier war Hilfe und Unterstützung durch den Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitenden und bzw. oder durch die Vermittlung ins Netzwerk der „Frühen Hilfen“ ein besonderer „Segen“ für die Familien.

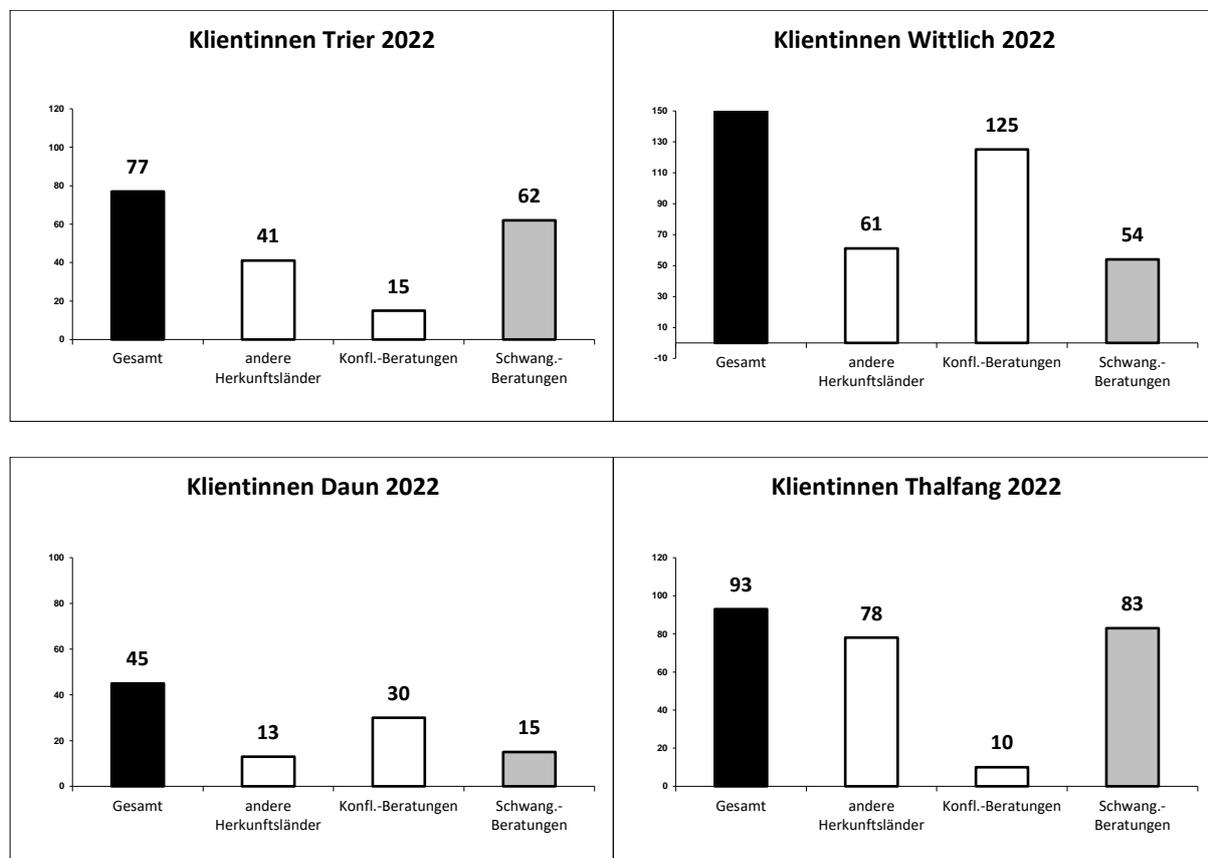
Im Mai und im Juni wurden zum Thema „Selbstfürsorge“ und „Babytränen besser verstehen“ online Seminare und im November ein Erfahrungsaustausch-Zoom-Meeting für Ehrenamtliche und interessierte Familien angeboten.

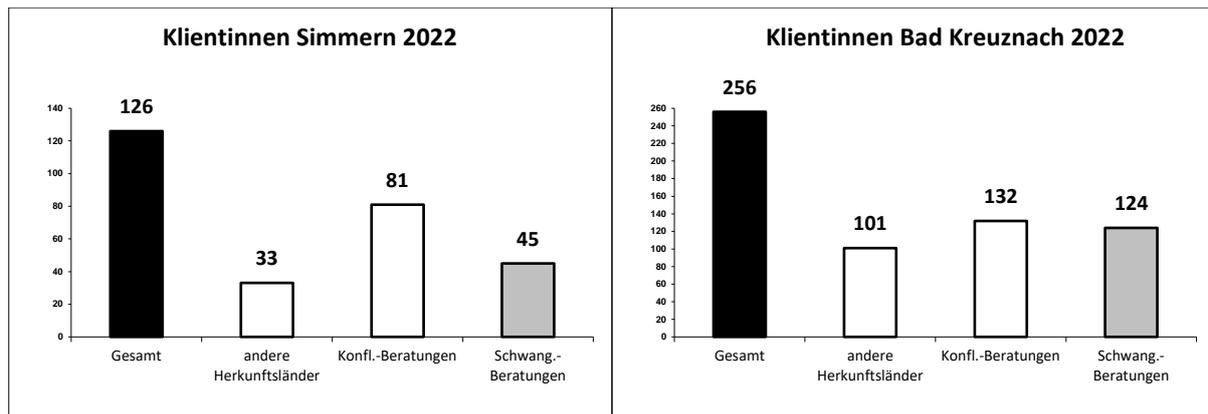
Zum Ende des Jahres konnten wir für die Entlastung der Familien zwei neue Ehrenamtliche dazu gewinnen.

Die wellcome gGmbH mit Sitz in Hamburg unterstützt bedürftige Familien mit ihrem wellcome-Spendenfonds und weiteren Spendenaktionen. Der Spendenfonds richtet sich an Familien, die in unserer Schwangerenberatungsstelle und durch das wellcome-Projekt betreut werden. Kinderkleidung, Schulbedarf, Kindermöbel und anderer Bedarf für Kinder, aber auch Gutscheine für eine Freizeitaktivität können beantragt werden. 2022 wurde der Fonds für die Unterstützung geflüchteter Familien aus der Ukraine geöffnet. Im Dezember wurden Familien mit einem „Weihnachtsgeld“ für Geschenke und Lebensmittel unterstützt. Insgesamt stellten wir zwölf Anträge für Familien und zahlten 3.490,00 Euro an Gutscheinen und Bargeld aus. Die Freude der Familien über diese unerwarteten „Geschenke“ war groß.

Sozialpolitisches Anliegen:

Mehr therapeutische Angebote für Alleinerziehende, Kinder und Eltern wären aus unserer Sicht unbedingt erforderlich. Dies gilt ebenso für die Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Landkreisen. Zudem möchten wir dringend darauf hinweisen, dass es kaum noch Ärzt:innen gibt die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Nach jahrelangen Bemühungen und Motivationsarbeit, öffentlichen Diskussionen und Veranstaltungen mit Politik und Ärzteschaft, soll Anfang 2023 in Trier eine Fortbildung für Gynäkolog:innen zum Thema Schwangerschaftsabbruch stattfinden. Zu hoffen wäre, dass sich einzelne Praxen möglicherweise bereitfinden, die Zulassung für den (medikamentösen) Schwangerschaftsabbruch zu beantragen und so ein Angebot in der Region Trier zu schaffen.





Ehe-, Familien- und Lebensberatung

Standort Trier und Wolf:

Nach den vielen Wirrungen und Veränderungen durch Neuorganisation der Beratungsarbeit im Rahmen der Corona-Pandemie fanden wir im Statistikjahr 2022 langsam wieder zurück zur „alten“ Normalität. Zwar war die Beratungsarbeit auch im vergangenen Jahr weiter geprägt von geforderter Flexibilität, ständigem Umdenken und stetiger Anpassung an Bedingungen, Bestimmungen und Folgen der Corona-Pandemie, doch vor allem in der zweiten Jahreshälfte, bei weitem nicht mehr so extrem wie 2021.

Veränderungen in den Anlässen zur Anmeldung von Erziehungs- und Familienberatung blieben jedoch weiter bestehen. Hier standen familiäre und auch schulische, sowie soziale Probleme durch Isolierung der Kinder und Jugendlichen während der Pandemie weiter im Vordergrund. Eltern und Kinder, welche mit den Auswirkungen der besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie zu kämpfen hatten, suchten Rat in der Erziehungs- und Familienberatung. Eine Zunahme von Verschuldungen durch die Auswirkungen der Pandemie und der Ukraine-Krise und den damit verbundenen, steigenden Energiekosten, sind vor allem im letzten Viertel des Berichtsjahres festzustellen. Immer mehr Klient:innen wurden von uns an die Schuldnerberatungsstellen verwiesen. Der Anstieg von Armut oder Leben am Existenzminimum wird sich, unserer Einschätzung nach, weiter bemerkbar machen.

Nach wie vor verzeichnen wir einen Anstieg von sozial-emotionalen Schwierigkeiten bei Kindern sowie Erwachsenen, psychosoziale Problemlagen von Kindern und Jugendlichen, aber auch deren Eltern. Die Trennungs- und Scheidungsberatung, besonders im Hinblick auf das Umgangsrecht, nimmt einen hohen Teil unserer Familienberatung in Anspruch, auch auf Anordnung vom Familiengericht oder Auflage/Empfehlung der zuständigen Kreisjugendämter.

Die Beratungsfälle im Bereich der Ehe- und Lebensberatung mit partnerschaftlichen Problemen waren auch im vergangenen Jahr ein stetig wachsender Bestandteil der Beratungsarbeit, allen voran auch hier Trennung und Scheidung mit hochstrittigen (Eltern)Paaren. Hier sind es nach wie vor beständig die enormen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den Lebenspartner:innen, aber auch hochstrittigen und getrennten Elternpaaren, welche sich dann negativ auf die betroffenen Kinder auswirken. Auch eine Zunahme von häuslicher Gewalt gegenüber Frauen und Kindern ist in der Beratungsarbeit zu vermerken. Eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen Netzwerken hat sich hier als hilfreich erwiesen. In diesem Rahmen ist auch der enorme Anstieg der Beratungen im Bereich des Kinderschutzes zu erwähnen, deren Zahlen noch folgen.

So geübt und routiniert das Angebot der digitalen Beratung aus 2021 hervorgegangen war, umso weniger hat diese Beratungsform in 2022 stattgefunden. Nur wenige psychisch oder gesundheitlich

belastete Klient:innen nahmen diese Beratungsform weiter gerne und dankbar an. Wir haben sehr deutlich erfahren, dass die Menschen froh um jede persönliche Begegnung waren und sind. Einzig viele präventive Angebote, Vorträge und offene Sprechstunden fanden per Videoschaltung und -aufnahmen ihre Umsetzung. Nach wie vor wurden wiederholt abendliche Telefonsprechstunden sowie die Möglichkeit zur offenen Sprechstunde per Videoschaltung angeboten.

Die Nachfrage im Bereich sozialer Anpassungsschwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen war wieder ähnlich ausgeprägt wie im letzten Jahr. Diese Entwicklung wurde sicherlich durch die fehlenden Kontakte, eingeschränkte Beschulung und viele andere soziale Nachteile verstärkt.

Das Setting der Beratungsgespräche im Bereich der Erziehungs- und Familienberatung ist immer noch bunt gemischt und individuell. Es wird beraten in Einzelgesprächen, mit Elternteilen aber auch mit Kindern und Jugendlichen alleine, mit Elternpaaren, oder auch Gespräche in ganzen Familienkonstellationen, immer nach Absprache mit den jeweiligen zu beratenden Klient:innen.

Viele Erziehungs- und Familienberatungen wurden als Zwischenstation vor der Aufnahme einer psychotherapeutischen Begleitung eingerichtet, um die langen Wartezeiten zu überbrücken.

Im Bereich des bereits erwähnten Kinderschutzes haben die Mitarbeiter:innen der Beratungsstelle regelmäßig Anfragen in ihrer Tätigkeit als Insofern Erfahrene Fachkräfte (Insofa) nach § 8a und § 8b SGB VIII übernommen und mit den anfragenden Kita- und Schulfachkräften Einschätzungen zu Kindeswohlgefährdung getroffen. Hier ist zu verzeichnen, dass die Beratung von Schulfachkräften jetzt auch im Bereich der Gymnasien zunimmt. Ausschlaggebend ist hier sicherlich auch der neu entstandene Einsatz von Schulsozialarbeit. Vielerorts fanden Referate in Kindertagesstätten und Grundschulen statt, die Verfahrensweg, Folgen, Herausforderungen, Ziele und Nutzen der Insofa-Arbeit erläutern sollten. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich gab es 27 Anfragen von Kitas und zwölf Anfragen von Schulen jeglicher Form, bezüglich der Risikoeinschätzung bei Kindeswohlgefährdung. In der Stadt Trier gab es eine Anfrage von einer Beratungsstelle, zwei Anfragen von Schulen und eine Anfrage von einer Kita. Ein sich im vergangenen Jahr heraus entwickeltes Gleichgewicht zwischen Kita und Schule, hat sich durch die geradezu verdoppelten Anfragen der Kitas wieder sehr ins Ungleichgewicht entwickelt. Dennoch ist hervorzuheben, wie viele Beratungen mittlerweile durch Schulen angefordert werden, wo noch vor einigen Jahren kaum eine Schule sich an die Insofern erfahrenen Fachkräfte gewandt hat, geschweige denn von dieser Arbeit wusste. Sicherlich trägt hier auch die intensive Bekanntmachung durch den Kreis endlich Rechnung.

Fallberatungen in KiTa-Teams zu ausgewählten Schwerpunktthemen sowie Fallberatungen zu einzelnen auffälligen Kindern wurden ebenfalls vermehrt in die telefonische Beratungsarbeit aufgenommen. Der Besuch, sowie die Mitgestaltung mehrerer Veranstaltungen zum Thema Kinderschutz gehörten auch in 2022 zur Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter:innen der Beratungsstelle und fanden auch in diesem Jahr, wie viele andere Veranstaltungen, online statt.

Die Beratungsangebote in den Außenstellen Kirchberg und Morbach sind während der Corona-Pandemie angestiegen und wurden gut genutzt.

In Trier hat Psy-RENA (psychosomatische Reha-Nachsorge) mit zehn statt mit fünf Teilnehmer:innen in der gewohnten Gruppengröße stattfinden können. Als Schutzmaßnahme wurde die Maskenpflicht beim Betreten der Einrichtung und während der Gruppensitzung aufrechterhalten.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde die Beratungsarbeit aufgrund der hohen Nachfrage in Schulen, Kitas oder Leitungsteams vorgestellt. Auch Referate wurden auf Anfrage verschiedener Einrichtungen gehalten und positiv aufgenommen. Nach wie vor findet eine regelmäßige Bewerbung der Beratungsarbeit, sowie der anstehenden Termine wie öffentliche Sprechstunden, Projekte und sons-

tige aktuelle Ereignisse, über die Veröffentlichung im Verbandsgemeindeblättchen sowie dem örtlichen Pfarrgemeindebrief statt.

Auch die Telefonaktion des Trierischen Volksfreundes zu verschiedenen sozialpädagogischen Problemlagen ist nach wie vor in unserem jährlichen Standard-Repertoire vertreten. An Themenabenden wie z. B. folgenden haben die Mitarbeiter:innen mitgewirkt: „Angst: Was tun, wenn die Angst hochkriecht?“, „Trauma: Was hilft, mit den seelischen Folgen umzugehen?“ und „Kontaktabbruch: Wenn Kinder nichts mehr mit ihren Eltern zu tun haben wollen“.

Die Kooperation und Vernetzung mit den zuständigen Jugendämtern und den anderen helfenden Institutionen verläuft weiterhin sehr gut. Die Mitarbeiter:innen der Beratungsstelle arbeiten aktiv digital in lokalen Netzwerken, regionalen Arbeitskreisen (Arbeitskreis „Frühe Hilfen“ in Trier und Netzwerke in Trier, Rhein-Hunsrück-Kreis und Landkreis Bernkastel-Wittlich „Guter Start ins Kinderleben – Erziehungskompetenz stärken“, Arbeitskreise Trennung- und Scheidung Trier und Bernkastel-Wittlich, Austausch der Insofern erfahrenen Fachkräfte 8a, 8b in Trier, Bernkastel-Wittlich und im Rhein-Hunsrück-Kreis) und Gruppen zur anonymen Fallberatung mit. Diese Arbeitskreise dienen nicht zuletzt auch der Verbreitung des Bekanntheitsgrades unserer Institution und sind ein wichtiger Bestandteil unserer Netzwerkarbeit.

Auch im vergangenen Beratungsjahr wurde die Offene Sprechstunde der ev. Beratungsstelle Wolf in der Realschule Plus, der Grundschule in Traben-Trarbach, sowie die offene Sprechstunde im ortsansässigen Gymnasium als feste Instanz im Rahmen von „Familie aktiv“ veröffentlicht. Die hier behandelten Themen in den Gesprächen vor Ort, aber auch den anknüpfenden Beratungsgesprächen in den Räumen der Beratungsstelle beschäftigen sich weiterhin mit Fragen zur Ausgestaltung des Familienalltags, etwaigen Schulproblemen, sozial-emotionalen Problemlagen, Trennung und Scheidung, auffälligem Sozialverhalten, aber auch mit Themen wie Lernschwächen, Konzentrationsproblemen und verschiedenen Formen der Kommunikationsstörung von Kindern und Jugendlichen.

Standort Bad Kreuznach:

Im Jahr 2022 fanden die Angebote der Erziehungs- und Familienberatungsstelle statistisch gesehen, einen zum vergangenen Jahr vergleichsweise geringeren Anklang. Insgesamt wurden in 255 Fällen Familien, Eltern, Paare, Kinder oder Jugendliche oder Einzelpersonen beraten. Davon wurden 125 Fälle aus dem Vorjahr übernommen und 130 Fälle neu aufgenommen.

Die insgesamt geringere Anzahl an statistisch erfassten Fällen im Vergleich zum vergangenen Jahr kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass mit dem Zusammenschluss der Diakonischen Werke der Kirchenkreise in Trier, Simmern-Trarbach und An Nahe und Glan eine teilweise neue Arbeitsorganisation der verschiedenen Bereiche erfolgt ist, sodass zum Beispiel viele Anmeldungen zur allgemeinen Sozialberatung nicht mehr wie in den vergangenen Jahren in die Kibnet-Statistik eingegangen sind. Von den, in die Statistik eingegangenen Fällen handelt es sich insgesamt um 177 Familien mit vielfältigen Anliegen.

In der überwiegenden Anzahl aller Fälle konnten die Fragen der Ratsuchenden nach durchschnittlich vier Gesprächen zielführend geklärt werden. Bei knapp der Hälfte aller Ratsuchenden konnten die Beratungsziele bereits nach zwei Kontakten erreicht werden. Der Großteil der Gespräche fand persönlich vor Ort in der Beratungsstelle statt, daneben gab es weiterhin für Eltern, die nicht persönlich kommen konnten, Angebote der Beratung per Telefon oder Videokonferenz.

Trotz der Lockerungen der Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie und das Ausbleiben von längerfristigen Schließungen von Schulen und Kitas sind vor allem im ersten Halbjahr sowohl für Familien als auch für Einzelpersonen immer noch stressvolle Situationen im beruflichen, schulischen und privaten Umfeld entstanden, die bewältigt werden mussten. Gerne nutzten die Ratsuchenden wieder die Möglichkeit sich persönlich vor Ort beraten zu lassen. Video- oder telefonische Konferenzen wurden im

Beratungsprozess flexibel bei Bedarf eingesetzt, und vor allem von getrenntlebenden Eltern, die digitale Begegnungen bevorzugten oder nach der Trennung ihren Wohnort weit voneinander wählten, in Anspruch genommen.

Thematisch war das Jahr 2022 nicht nur durch die Corona-Pandemie, sondern auch durch den Krieg in der Ukraine geprägt. Damit verbunden waren beispielsweise zusätzliche finanzielle Belastungen für Familien mit geringem Einkommen spürbar (erhöhte Kosten für Energie und Mobilität), die Orientierung bei der Nutzung der von der Regierung gestellten Entlastungsmaßnahmen suchten.

Vor diesem Hintergrund erhielten typische Entwicklungsaufgaben von Jugendlichen, die per se ein hohes Verunsicherungspotential mit sich bringen, eine besondere Brisanz im Beratungskontext. Ein wichtiger Aspekt der Beratungen war deshalb vor allem einen Raum für persönliche Begegnungen anzubieten, Zuversicht zu vermitteln und trotz vielschichtiger Probleme den Blick auf das Positive zu lenken.

Der eingangs erwähnte Rückgang der statistisch erfassten Anmeldungen macht sich ebenfalls in der Altersgruppe der Jugendlichen bemerkbar, sodass bei den 12-15-Jährigen zwölf Mädchen und 13 Jungen unsere Hilfe beanspruchten und in der Altersgruppe 15-18 Jahre elf Mädchen und neun Jungen. Das Hilfeangebot umfasste sowohl Einzel- als auch Familiengespräche und gab den Jugendlichen Orientierung in Krisen- bzw. Umbruchsituationen sowie in Alltagssituationen.

Auf der Suche nach dem „richtigen“ Maß an liebevollem Verständnis und klaren Grenzen benötigten viele Eltern in alltäglichen Erziehungssituationen Unterstützung. Vor allem bei einer aktuellen Trennung und Scheidung der Eltern resultierten Problemlagen und Belastungen der Kinder, die Anlass für das Aufsuchen der Beratungsstelle darstellten. Häufig ergaben sich die Schwierigkeiten der Ratsuchenden aus dem Versuch, eine Balance zwischen familiären und beruflichen Bedürfnissen zu finden oder aus dem Wunsch, bei der Erziehung der Kinder zwischen eigenen und kindlichen Grenzen und Freiräumen eine tragfähige Beziehung herzustellen. In unseren Beratungen hatten Eltern neben Fragen zur allgemeinen Entwicklung und Erziehung ihres Kindes, auch spezifische Fragen zur kindlichen Entwicklung, beispielsweise zum Spracherwerb, zur Sauberkeitserziehung oder zu Ablösungsprozessen in der Pubertät. Weitere häufige Gründe für das Aufsuchen unserer Beratungsstelle waren seelische Probleme von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit der Schule, die punktuell nicht in Präsenz stattfinden konnte oder nach dem Aufheben der Kontaktbeschränkungen mit einem erhöhten Lernaufwand verbunden war, weil vieles aus den vergangenen Schuljahren nachgeholt werden musste. Neben Aufmerksamkeits- und Konzentrationsschwierigkeiten wurden auch oppositionelle und aggressive Verhaltensweisen in der Familie aber auch mit Gleichaltrigen festgestellt. Verunsicherungen im emotionalen Bereich und Probleme wie ein niedriges Selbstwertgefühl, Ängste oder depressive Verstimmungen von Kindern und Eltern kamen ebenfalls häufig zur Sprache.

Wie in den letzten Jahren, waren Trennung und Scheidung und die damit verbundenen Fragen und Konflikte häufiger Anlass für Beratungen von Eltern, die sich sowohl aus eigener Initiative, als auch durch das Familiengericht an die Beratungsstelle wandten. In den meisten Fällen war das zentrale Anliegen der Beratungen, Eltern in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Bedürfnisse ihrer Kinder zu stärken, um den Kindern einen konfliktfreien Umgang mit beiden Elternteilen zu ermöglichen. Um die Kooperation mit dem Familiengericht zu verbessern, fanden bereits erste Absprachen mit den anderen hiesigen Erziehungsberatungsstellen statt. Ein gemeinsames Treffen mit dem Familiengericht wurde auf Anfang 2023 verschoben.

Ein besonderes Phänomen war es in diesem Jahr, dass eine erhebliche Anzahl von Ratsuchenden (ca. 40) nach der Vereinbarung eines Erstgesprächstermins ohne Absage bzw. ohne Angabe von Gründen zum vereinbarten Termin nicht erschienen sind.

Auch im vorliegenden Jahr konnten wir bedingt durch die Pandemie einerseits und des mehrmonatigen krankheitsbedingten Ausfalls unseres Kollegen Gruppenangebote für Kinder oder Eltern in Trennung und Scheidung nicht planen bzw. anbieten. Vor diesem Hintergrund und dem Fehlen einer zusätzlichen Stelle zur Umsetzung der geplanten Elternberatungen in den Familienzentren lässt sich auch der Umstand erklären, wonach die Beratungsangebote in den Kitas wenig in Anspruch genommen wurden. Diese sollten erwartungsgemäß, im kommenden Jahr mit der Ausschreibung und Besetzung einer neuen Stelle, die zusätzlich mit Mitteln aus dem Sozialraumbudget finanziert wird, neuen Anlauf nehmen und besser angenommen werden.

Mit den Lockerungen der Corona-Maßnahmen konnte die Kooperation mit dem Jugendamt sowie mit anderen im Sozialraum tätigen Akteur:innen im Kreis Bad Kreuznach in gewohnter Weise mit Präsenztreffen wieder aufgenommen und produktiv fortgesetzt werden.

Zum Thema „Kinderschutz“ nutzten Kitas in einigen Fällen die Fachberatung der Psychologin als Kinderschutzfachfrau zur Abklärung einer möglichen Kindeswohlgefährdung.

Fallbeispiel

Kitaleitung schildert folgende Situation:

Ein 5-jähriges Mädchen mit Verletzung im Gesicht. Auf Nachfrage der Erzieherin teilt das Kind mit, dass es vom Lebensgefährten der Mutter geschubst wurde. Im Anamnesegespräch wurde deutlich, dass das Kind in den letzten Wochen bereits auffälliges Verhalten in der Kita zeigte, nicht nach Hause wollte und sich insgesamt sehr schüchtern verhielt. Dies wurde nicht mit der Mutter kommuniziert oder dokumentiert, obwohl es auffällig war. Die Kitaleitung wartete mit der Insofa-Beratung zu lange und war verunsichert, wie sie vorgehen sollte. In der Insofa-Beratung wurde deutlich, dass es in der Vergangenheit bereits einige Verdachtsmomente von Kindeswohlgefährdung gab, denen nicht nachgegangen wurde zum Beispiel mit einem zeitnahen Elterngespräch. Da es sich um eine akute Kindeswohlgefährdung nach Einschätzung der Fachkraft handelte, wurde neben dem Einbestellen der Mutter zu einem Gespräch, auch eine Meldung an das Jugendamt empfohlen. Auch im Hinblick darauf, dass die älteren Geschwister des Kindes bereits in einer Jugendhilfemaßnahme untergebracht waren und eine Überforderungstendenz der Mutter zu beobachten war.

Die Unsicherheit der Kitaleitung, das zögerliche Verhalten des Einschreitens, die nicht zeitnahe Beratung durch eine Insofa, sowie die fehlende Gefahreneinschätzung und Schutzplanaufstellung, führte dazu, dass eine Meldung unabdingbar war.

Im Nachgang wurde folgende Maßnahme durch das Jugendamt installiert: Einsatz einer ambulanten Hilfe für die Mutter in Form einer Sozialpädagogischen Familienhilfe.

Das diesjährige Beispiel der Beratungsarbeit zeigt, wie wichtig der Bestandteil unserer Arbeit als Insofa erfahrene Fachkraft ist, auch über die reine Beratung im Verdachtsfall hinaus. Allein unsere Fachberatung im Verdachtsfall am Telefon vermittelt Sicherheit, Ruhe und einen Leitfaden in der Handlungsplanung. Was passiert, wenn diese nicht vorherrschen, haben wir im eben genannten Beispiel feststellen müssen. Eine gute Einweisung in den Kinderschutz der Fachkräfte in Kitas und Schulen sind nach unserer Meinung schon in der Ausbildung/Studium unabdingbar. Regelmäßige vorbereitende Fachveranstaltungen müssen der hohen Fluktuation im Personalbereich und der damit oft einhergehenden Unwissenheit dringend entgegenwirken.

Suchtberatung – Psychosoziale Beratung

In unseren Beratungsstellen in Simmern und Trier bieten wir seit vielen Jahren Angebote zur Prävention und Beratung bei riskantem Konsumverhalten, Abhängigkeitserkrankungen (Alkohol, Medika-

mente, Nikotin, illegale Drogen), Verhaltenssüchten (Glücksspiel, Kaufsucht, Computer/Internet) und Essstörungen an. Diese richten sich an Betroffene selbst, deren Angehörige und Menschen im Umfeld von Suchtkranken bzw. -gefährdeten. Unser Therapieangebot der ambulanten Suchtrehabilitation für Alkohol- und/oder Medikamentenabhängige (kurz: ARS) besteht seit 2008. Insgesamt nahmen im Berichtszeitraum 261 Personen (173 Männer, 88 Frauen) unsere Angebote in Anspruch.

Fünf auffällige Kraftfahrer:innen wurden in Einzelgesprächen auf die Medizinisch-Psychologische Untersuchung (MPU) in der Beratungsstelle in Trier und elf Klient:innen in Simmern vorbereitet. Bei insgesamt fünf Klient:innen fanden lediglich Vorgespräche statt. Insgesamt wurden zwei Personen bei einer Substitutionsbehandlung begleitet.

In der Außenstelle Thalfang wurden bei Bedarf Beratungstermine angeboten.

Zwei geleitete Gruppen für Alkohol-/Medikamentenabhängige haben wöchentlich stattgefunden:

- Die Informations- und Motivationsgruppe haben regelmäßig sechs Personen besucht.
- Die Intensiv- und Nachsorgegruppe war mit durchschnittlich fünf Teilnehmern gut besucht.

Im Berichtszeitraum haben sieben Personen im Rahmen der ambulanten Rehabilitation Sucht (ARS) an Einzel- und Gruppenterminen in unserem Hause teilgenommen.

Im Bereich der Betrieblichen Gesundheitsförderung wurden Betriebe sowohl telefonisch als auch persönlich zum Umgang mit suchtgefährdeten Mitarbeitern beraten.

Eine Mitarbeiterin hat an den Koordinierungstreffen des Arbeitskreises Suchtprävention der Stadt Trier und Landkreis Trier-Saarburg teilgenommen. Im Rahmen der Suchtpräventionswochen 2022 zum Thema „Sucht – Ein Thema der Pandemie“ wurde von der Mitarbeiterin eine Fortbildung zum Thema „FUNDUS-Methoden zur Suchtprävention“ durchgeführt. Die Veranstaltung zum Thema „Alkohol und Cannabis - Was ist eigentlich schädlicher und was steckt hinter einer Legalisierung?“ musste aufgrund geringer Teilnehmerzahl abgesagt werden. Im Rahmen der Aktion „Bunt statt Blau“ wurde eine Veranstaltung im Broadway Trier begleitet und mitgestaltet. Eine weitere Mitarbeiterin ist im Arbeitskreis Sucht Simmern aktiv.

Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit hat die Beratungsstelle an einer Telefonaktion des Trierischen Volksfreundes teilgenommen.

Im Rahmen der Tabakentwöhnung hat ein betrieblicher Kompaktkurs in Kooperation mit der Stadtverwaltung Trier und der Kreisverwaltung Trier-Saarburg stattgefunden. Am Rauchfrei-Kurs haben insgesamt fünf Mitarbeitende der Stadt Trier und der Kreisverwaltung Trier-Saarburg teilgenommen. Eine Fortbildung für die Mitarbeiter:innen eines SOS Kinderdorfes zum Thema Umgang mit Essstörungen ist im Berichtsjahr durchgeführt worden.

Fachstelle Sucht in Simmern

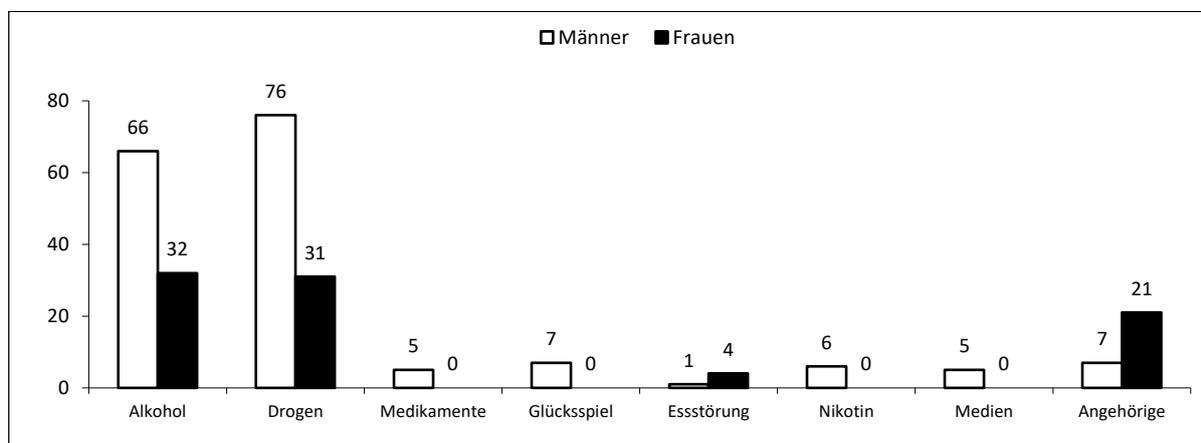
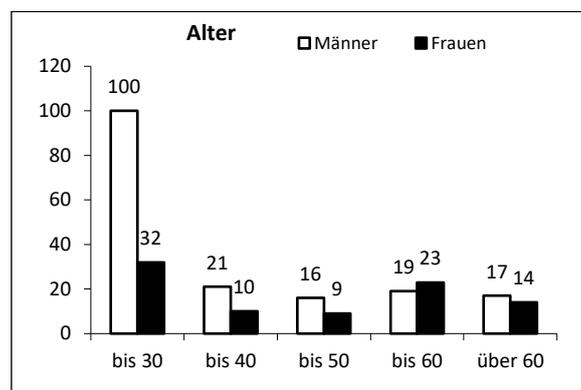
2020 begann die Fachstelle Sucht in Kooperationen mit den Schulen. Projekte zum Thema Sucht zu gestalten. Das Resultat ist, dass diese Projekte an allen Schulen für das Schuljahr 2021/22 im Unterrichtsplan der 8. und 11. Klassen verankert werden sollen. Die Projektangebote werden von den Schulen vermehrt angenommen und umgesetzt. An den Schulen wurden Beratungsgespräche vor Ort in Präsenz (wieder nach Corona) etabliert und sollen noch ausgebaut werden.

Zudem wird ein Arbeitskreis zum Thema Suchtprävention im Rhein-Hunsrück-Kreis aufgebaut. Auch durch Zeitungsartikel im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit steigen die Zahlen der Beratungsfälle weiter. In Kooperation mit dem Jugendzentrum Sohren und der Mitarbeiter:innen des Treffmobils (Evangelische Jugendarbeit) wird die aufsuchende Arbeit erweitert.

Die Kooperationen mit dem Jugendamt, Richtern und ambulanten Trägern laufen sehr gut, regelmäßig werden Klient:innen an die Fachstelle Sucht vermittelt. Weitere Vernetzungen sind für 2023 geplant.

Welchen Einfluss hat die Pandemie auf das Suchtverhalten der Menschen in Deutschland? Die Corona-Krise hat den Alkoholkonsum der Deutschen nicht unbedingt erhöht. Die Trinkgewohnheiten haben sich verändert. Größere Feiern oder das Ausgehen mit Freunden sind weggefallen, so dass der Alkoholkonsum vermehrt zu Hause stattgefunden hat. Mit den geselligen Runden fällt für viele Menschen auch das Bedürfnis weg, überhaupt Alkohol zu trinken. Bei anderen greift die soziale Kontrolle zu Hause etwa durch den Partner oder die Familie. Anders sieht es aber bei Menschen aus, die alleine leben. Soziale Isolation könnte zu einem höherem Alkoholkonsum geführt haben.

Es wird vermutet, dass pandemiebedingt tendenziell mehr geraucht wird. Durch das Homeoffice und dadurch, dass die Menschen weniger in der Öffentlichkeit unterwegs waren, sind die Menschen weniger mit Rauchverboten konfrontiert gewesen. Auch die Nutzung von digitalen Medien hat durch den Pandemie-Alltag zugenommen. Der Kontakt zu anderen Menschen lief während der Pandemie in den meisten Fällen nur noch über Video. Fernsehen, Videokonsum, WhatsApp-Nutzung hat den Alltag vieler Menschen „gestaltet“.



Schuldner- und Insolvenzberatung

Sehr positiv war für uns, auch in diesem Jahr, die bedingungslose Verkürzung der Gesamtlaufrzeit des Insolvenzverfahrens mit Restschuldbefreiung auf drei Jahre.

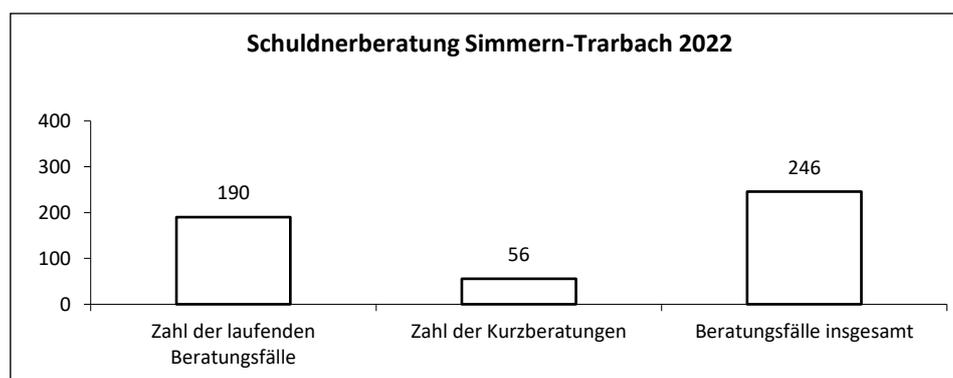
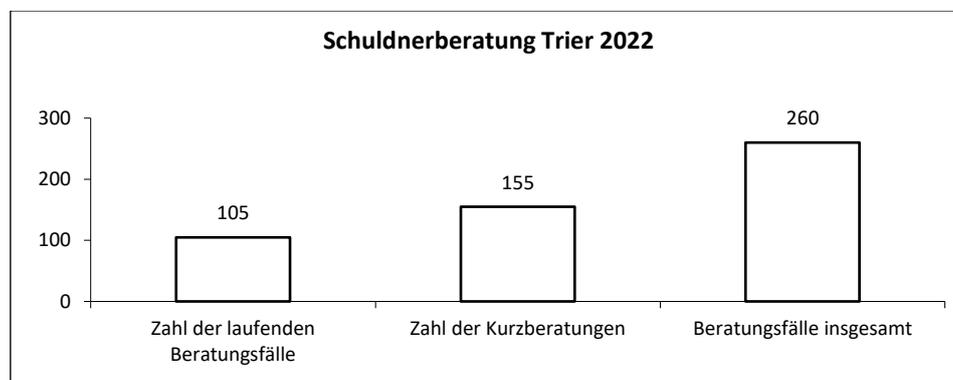
Hier bietet sich den Menschen, die in die Schuldenfalle geraten sind eine wirkliche Chance auf einen Neuanfang. Vor allen Dingen im Hinblick auf die Inflation und die exorbitante Erhöhung der Energiekosten können wir damit Menschen in letzter Konsequenz (Eröffnung eines Insolvenzverfahrens) vor dem Verlust der Energielieferungen schützen. Andere Möglichkeiten zu helfen haben wir leider nicht, weil uns für solche Fälle die notwendigen Werkzeuge fehlen. Da benötigt es praktikable staatliche Hilfen oder aber auch die Möglichkeit sogenannte Pre-Paid Zähler für Energie installieren zu können.

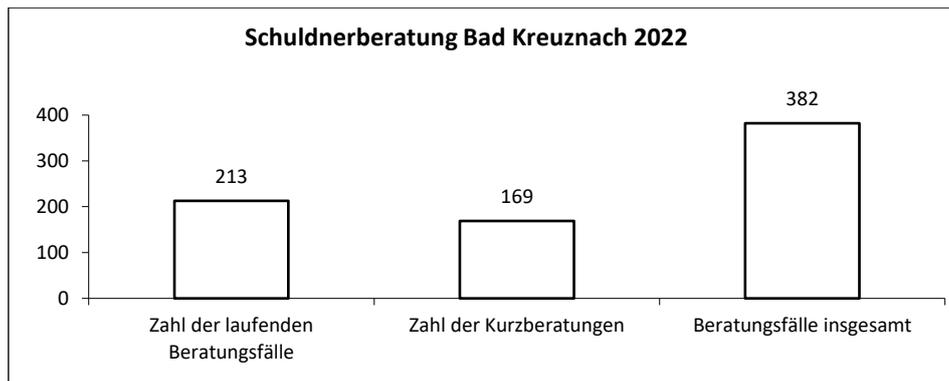
Von Seiten der Landesregierung gab es das Angebot über eine einmalige Finanzierung in Höhe von 5.000,00 €, die für Energiekostenberatung verwendet werden kann, beziehungsweise muss. Die Gelder durften nicht für die tägliche Arbeit der Schuldnerberatung, wie zum Beispiel für die Aufstockung von Beratungsangeboten im Sinn der Schuldnerberatung verwendet werden. Da die Beantragungszeit relativ kurz war, von der Bekanntgabe bis zum Ende der Bewerbungsfrist nur ein Monat und wir in dieser relativ kurzen Zeit keine Möglichkeit sahen ein vernünftige Angebot zu formulieren (wir hätten externe Partner einkaufen müssen und dies mit dem geringen Budget von 5.000,00 €), sahen wir von einer Bewerbung ab.

Es gab 2022 und Anfang 2023 eine erhöhte Anzahl an Anfragen bezüglich eines Beratungstermins. Die oben genannten Effekte, verschärft die prekäre finanzielle Situation der Menschen immer mehr. Zu unseren Eindrücken passt eine neue Statistik der Verbraucherzentrale, die besagt, dass jeder 7. Haushalt aktuell die Konten überziehen, mit der Begründung die Lebenshaltungskosten wären derart gestiegen, sodass keine Überstände angespart werden konnten. In der Regel sind überzogene Konten der Einstieg in eine Schuldenspirale. Wir konnten auch beobachten, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nun auch in der Mittelschicht angekommen sind. Die steigenden Lebenshaltungskosten und auch die massiven Zinsveränderungen können im Jahr 2023 für einigen Hausbesitzer das Ende ihrer Eigenheimfinanzierung bedeuten. Es bedarf, um dieser Situation Herr zu werden dringend einer besseren Finanzierung der Schuldnerberatung.

So hat die Schuldnerberatung, die für die Verbandsgemeinde Bernkastel-Wittlich und den Rhein-Hunsrück-Kreis zuständig ist, immer noch keine reguläre Verwaltungskraft.

Im Bereich der Schuldnerberatung Trier arbeitet Frau Schmitt nun mit einer Hälfte ihrer Stelle, die auf eine ganze aufgestockt wurde, im Bereich der Koordination der Fluthilfen. In diesem Bereich wird es auch im kommenden Jahr altersbedingt zu einigen Veränderungen in der Personalstruktur kommen. Im Rahmen des Projektes „JUST“ wurden Präventionsveranstaltung in den Schulen der Kirchenkreise durchgeführt. Leider läuft Mitte 2023 die Projektfinanzierung für dieses Projekt aus.





Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete Trier (PSZ)

Die Angebote des Psychosozialen Zentrums für Geflüchtete in Trier (PSZ) wurden wie in den Vorjahren von den Klient:innen gut angenommen. Die Schwerpunkte der Arbeit des PSZ lagen im Berichtszeitraum weiterhin in den Bereichen der Sozial- und Verfahrensberatung, den niedrigschwelligen Angeboten, des AMIF-Projektes sowie den traumatherapeutischen Hilfen für Geflüchtete, die bereits in der Kommune leben.

Die Einrichtung wird gefördert aus Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz (PSZ, Sozial- und Verfahrensberatung, niedrigschwellige Angebote), des AMIF, des Bistums Trier, Mitteln aus dem Bundesflüchtlingsprogramm (Akutprogramm des Bundes) sowie Eigenmitteln des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes. Das PSZ Trier ist zum Stand 31.12.2022 mit fast zehn Vollzeitäquivalenten vertreten. Das AMIF-Projekt „Protected“ wurde zum 4. Quartal 2022 beendet, begonnen wurden zwei Zusatzprojekte mit Schwerpunkt Ukraine aus Bundesmitteln im 3. Quartal 2022.

Aufgrund steigender Zugangszahlen in 2022 erhöhten sich sowohl die Belegungszahlen in der AfA Trier als auch der Durchlauf, was Auswirkungen auf die Beratung hatte. Es fanden häufiger Verlegungen in andere AfAs statt um Platz für Neuzugänge zu machen. Dies stellte die Beratung vor einige Herausforderungen. So war es in 2022 wieder besonders erforderlich, die Klient:innen möglichst frühzeitig auf die Anhörung beim BAMF vorzubereiten, frühstmöglich auch unter Hinzuziehung der Dolmetscher:innen. Die Asylverfahrensberatung im Asylverfahren wird weiterhin in Form von täglichen offenen Sprechstunden und Einzelterminen bei Bedarf mit Dolmetschenden angeboten. Für besondere und komplexere Bedarfe von „besonders schutzbedürftigen“ Geflüchteten wurde über ein AMIF-Projekt Krisenintervention und intensive psychosoziale Beratung und Begleitung angeboten. Darüber hinaus ist im AMIF-Projekt die frühzeitige Erkennung der Besonders Schutzbedürftigen ein besonderer Schwerpunkt. Die Komplexität der Fälle war auch in 2022 unverändert hoch. Bei Dublin-Verfahren ist die Beratung zu rechtlichen Aspekten im Asylverfahren nach wie vor anspruchsvoll. Die Themen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg stellte die Beratung zusätzlich vor neue Herausforderungen.

Die in den Vorjahren entwickelten niedrigschwelligen und stabilisierenden Angebote in der AfA konnten in 2022 fortgeführt und weiterentwickelt werden. Konzeptionell beruhen die Angebote der niedrigschwelligen Angebote auf drei Säulen: Gruppenangebote, lösungs- und klientenorientierte Krisenintervention und langfristige therapeutische und psychosoziale Gespräche im Einzelsetting. Angestrebt wird unter Einsatz therapeutischer Techniken eine Stabilisierung und Ressourcenaktivierung. Die Gespräche im Einzelsetting wurden auch hier mit geschulten Sprachmittler:innen durchgeführt.

Das traumatherapeutische Angebot des PSZ Trier richtete sich wie in den Vorjahren an Geflüchtete aus den Landkreisen Trier, Trier-Saarburg, Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Bernkastel-Wittlich und Teile des Rhein-Hunsrück-Kreises. Aufgrund der für Klient:innen langen Anfahrtswege wurden weiterhin regelmäßige Außensprechstunden in Bitburg, Daun und im Rhein-Hunsrück-Kreis in Simmern, Büchenbeu-

ren und Kirchberg angeboten. Die Zahlen der Anmeldungen im traumatherapeutischen Bereich blieben weiterhin hoch. Ende 2022 bestand eine Warteliste mit ca. 21 Klient:innen. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen Therapieplatz betrug in 2022 ca. fünf Monate. Inhaltlich wurde den Klient:innen je nach Bedarf psychosoziale Beratung und traumatherapeutische Hilfe angeboten. Psychosoziale Beratung übernimmt eine Unterstützerrolle für die Geflüchteten in der Gestaltung des alltäglichen Lebens, wie z. B. Bearbeitung individueller Krisensituationen, Unterstützung in der ressourcenorientierten Gestaltung des Alltags oder bei Erkrankungen, Isolation, Trennung/Verlust von Familie, Vermittlung und Hilfe im Umgang mit Behörden sowie stabilisierende Begleitung bei Anhörungen und Gerichtsterminen. Essentiell ist auch die Zusammenarbeit mit den Migrationsfachdiensten und anderen Beratungsstellen.

Die Traumaberatung und -therapie von Geflüchteten umfasste traumatherapeutische Einzelsitzungen, psychoedukative und bewegungstherapeutische Gruppenangebote (wie z. B. Yoga). Bei der Traumaberatung und -therapie wurde eine ganze Reihe von Interventionsmaßnahmen und Ressourcentechniken eingesetzt. Außerdem beinhaltete die Arbeit eine Kontaktaufnahme zu und die Zusammenarbeit mit medizinischen bzw. psychiatrischen Fachkräften, Vermittlung in stationäre und ambulante medizinische Leistungen sowie das Erarbeiten von psychologischen Stellungnahmen und Bescheinigungen zur Vorlage bei Behörden oder aber auch der Härtefallkommission des Landes Rheinland-Pfalz.

Im Rahmen des Bundesflüchtlingsprogramms konnte die zuvor beschriebene Beratungs- und Therapietätigkeit besonders für die Zielgruppe der ukrainischen Geflüchteten umgesetzt werden. Der hohe Bedarf an diesen Angeboten zeigte sich auch in dem eigens für ukrainische Frauen neu installierten und sehr gut angenommenen Gruppenangebot für Yoga, das einmal wöchentlich im Dietrich-Bonhoeffer-Haus angeboten wird. Aufgrund der hohen Nachfrage und der Möglichkeit mit diesem Gruppenangebot eine Vielzahl der ukrainischen Frauen zu erreichen, wird dieses stabilisierende Angebot auch zukünftig fortgeführt werden.

Die Arbeit mit den Geflüchteten in den Kommunen konnte ebenfalls nur durch die Hinzuziehung geschulter Dolmetscher:innen durchgeführt werden. Unser Dolmetscherpool umfasst 34 Dolmetschende für derzeit 21 Sprachen. Neue Dolmetschende werden weiterhin von der Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems in Mayen und/oder die Beratungsstelle selbst geschult. Auch findet mehrmals im Jahr Supervision für die im PSZ tätigen Dolmetscher:innen statt.

Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter:innen der Beratungsstelle wird durch regelmäßige Supervision, fachspezifische Zusatzweiterbildungen und Ausbildungen gesichert. Das Besondere an der Arbeit des PSZ Trier ist wie zuvor ausgeführt die ganzheitliche Behandlung der Geflüchteten „unter einem Dach“. Die Mitarbeiter:innen sind interkulturell aufgestellt; der Dolmetscherpool garantiert eine gute Verständigung und neben der Psychotherapie/Traumatherapie findet parallel bei Bedarf die psychosoziale Beratung/Unterstützung statt.

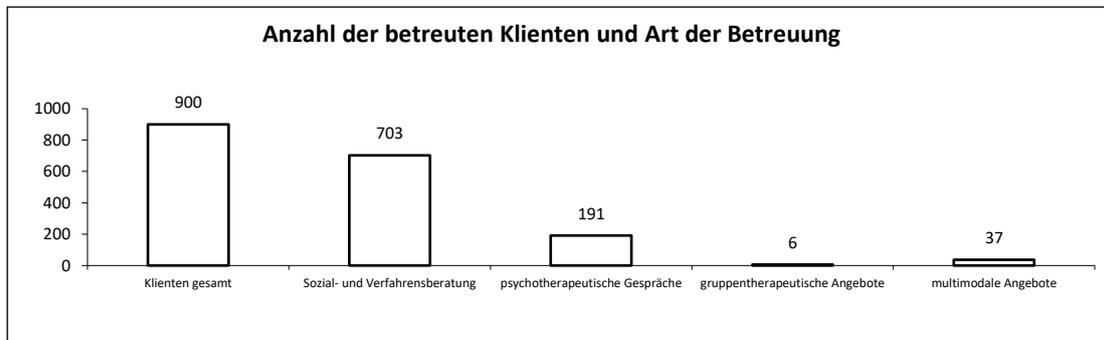
Das Psychosoziale Zentrum für Geflüchtete Trier ist vertreten in der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAFF). Des Weiteren arbeitet das PSZ Trier in zahlreichen Arbeitskreisen mit, wie dem rheinland-pfälzischen Arbeitskreis Asyl, der AG Flucht und Trauma Rheinland-Pfalz, im Flüchtlingsforum Trier, dem Psychotraumanetzwerk Trier, dem Runden Tisch „Weibliche Geflüchtete“ Trier, der Refugee Law Clinic, dem Rechtshilfefonds Trier sowie in Arbeitskreisen Migration der Diakonie und der Caritas.

Die Arbeit in Zahlen:

Die hier präsentierten Zahlen beziehen sich auf die Arbeit des Psychosozialen Zentrums für Geflüchtete der Gesamtheit der aus den verschiedenen oben genannten Fördertöpfen finanzierten Projekten.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 900 Klient:innen betreut. Davon wurden 847 neu aufgenommen. 703 Klient:innen nahmen psychosoziale/aufenthaltsrechtliche Beratung in Anspruch und 191 Klient:innen psychotherapeutische Gespräche.

Die Anzahl der angebotenen Beratungsgespräche in der Asyl- und Verfahrensberatung betrug 2.715 Gespräche, die Anzahl der therapeutischen Einzelgespräche betrug 1.241.



Aufnahmeeinrichtung in Hermeskeil

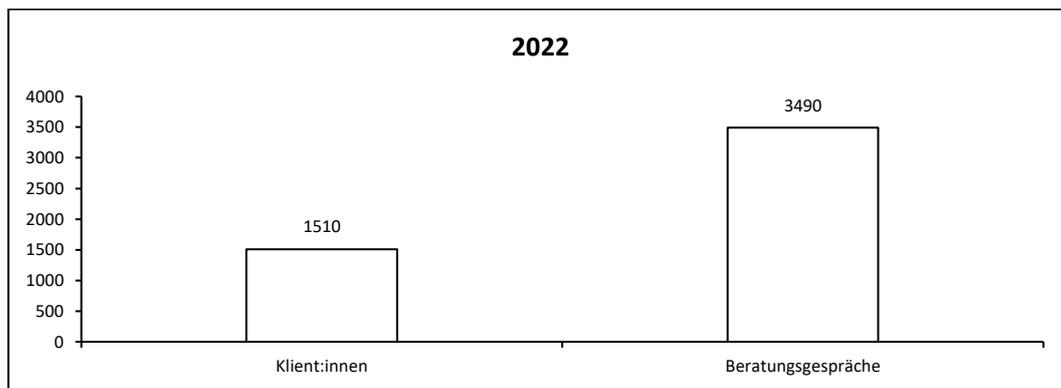
In der Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Hermeskeil sind wir mit einem Team von fünf Sozial- und Verfahrensberater:innen sowie zwei Stellen in den sogenannten niedrigschwelligen psychosozialen Angeboten vertreten gewesen. Auch hier stand das Jahr 2022 stark unter dem Eindruck des Ukrainekrieges und der weiteren Fluchtbewegungen aus anderen Herkunftsländern. So gab es anfangs eine im Rahmen der sozialverträglichen Belegung noch gut unterzubringende Personenzahl von ca. 700 Bewohner:innen, die im Laufe des Jahres auf bis zu 1.700 Menschen anstieg, was entsprechend die Einrichtung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten (Leichtbauhallen auf dem Gelände) erforderlich machte sowie auch unsere Dienste aufgrund der Beratungsanfragen unter Druck setzte. Zusätzlich half das Team auch von Hermeskeil aus am temporär bestehenden Erstaufnahmestandort in Bernkastel durch eine wöchentliche Sprechstunde vor Ort aus, um die Möglichkeit einer Sozial- und Verfahrensberatung auch dort zu gewährleisten.

Zu den täglichen Aufgaben im Beratungsalltag zählt die Kontaktaufnahme mit dem BAMF oder der Ausländerbehörde, um den aktuellen Verfahrensstand zu klären. Ratsuchende werden vor der Asylantragstellung auf die Anhörung beim BAMF vorbereitet. Wichtig ist außerdem das Erläutern von Schriftstücken wie Bescheiden des Bundesamtes, des Verwaltungsgerichts oder von Fachanwält:innen. Ebenfalls wird hinsichtlich der Einlegung von Rechtsmitteln beraten und bei der Kontaktaufnahme mit Fachanwält:innen oder anderen Organisationen unterstützt. Auch Informationen zu einer möglichen Selbstklage werden thematisiert. Klient:innen finden ebenfalls bei Überlegungen zur Rückkehr ins Herkunftsland bzw. den sicheren Drittstaaten Unterstützung. Je nach Fallkonstellation wird der Kontakt zu Queernet RLP, dem Jugendamt oder dem Standesamt hergestellt, um diese in den Beratungsprozess miteinzubeziehen und für das Asylverfahren relevante Informationen zu generieren. Beratungen zu Dublin- oder Drittstaaten-Bescheiden sind oft sehr anspruchsvoll, da für die meisten Klient:innen die Entscheidung des BAMF nicht nachvollziehbar ist. Die Enttäuschung, dass Deutschland keine Zuständigkeit für die Durchführung des Asylantrags übernimmt, ist sehr groß. Umso wichtiger ist es, die Chancen realistisch zu erörtern, Hintergründe und, insbesondere bei Dublin-Verfahren, die Fristen verständlich zu erklären.

Oftmals thematisieren Klient:innen schon im ersten Beratungsgespräch den Familiennachzug aus dem Herkunftsland oder einem sicheren Drittstaat. Insbesondere nach Erteilung eines Schutzstatus wird hier Unterstützung in vielfältiger (dem jeweiligen Herkunftsland angepasster Form geboten), um keine Fristen bei der Antragstellung zu versäumen: Kontakt mit der Botschaft, Hinweise zu den ein-

schlägigen Internetseiten, Hilfe beim Ausfüllen der Formulare, Verweis auf Beratungsstellen in den Transferkommunen.

Aufgrund der in 2022 sukzessive aufgehobenen Corona bedingten Präventionsmaßnahmen konnten auch wieder regelmäßige Gruppenberatungen zum Thema Transfer stattfinden. In diesen Präsenzveranstaltungen werden die Bewohner:innen auf ihre Verlegung in eine Kommune vorbereitet und auch auf die Wichtigkeit der Adressmitteilung ans BAMF, sowie an mögliche Rechtsanwält:innen, hingewiesen.



Fachdienst Migration und Integration

Das Jahr 2022 war für die Migrationsberatungsdienste zusätzlich zur Pandemie insbesondere durch den bewaffneten Einmarsch Russlands in die Ukraine und der anschließenden Fluchtbewegung geprägt. Innerhalb kürzester Zeit sahen sich alle Dienste mit den Anfragen und Anforderungen der neuen kriegerischen Situation und einer neuen, großen Gruppe Geflüchteter konfrontiert.

Die Arbeit der Dienste wird im Folgenden beschrieben:

Migrationsfachdienst als landesgefördertes Projekt (MFD), Hunsrück

Das Diakonische Werk der Ev. Kirchenkreise Trier, Simmern-Trarbach und An Nahe und Glan gGmbH unterhält einen Migrationsfachdienst (MFD) in Kirchberg/Simmern.

Der MFD steht allen ratsuchenden Migrant:innen, Spätaussiedler:innen und Deutschen mit Migrationshintergrund offen. Die Beratung erfolgt grundsätzlich nach Terminvereinbarungen. Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hatte deutliche Auswirkungen auf die Klient:innenzahlen. Das Beratungsangebot nutzten Klient:innen aus mehr als zwanzig Staaten, überwiegend aus der Ukraine (60 Familien oder Einzelpersonen - 145 Ukrainer:innen), Syrien, Bulgarien, Kasachstan, Russland, Afghanistan, Rumänien, aus afrikanischen Staaten und aus der EU. Insgesamt wurden im Jahr 2022 715 Beratungssitzungen durchgeführt. Die Sachverhalte (Wirtschaftliche Probleme, Gesundheitliche- und Schwangerschaftsprobleme, Aufenthaltsfragen, Arbeitssuche, Zeugnisanerkennung, Wohnungssuche, innerfamiliäre Konflikte, etc.) sind oft wegen systemischer Mängel (Ärzte-, Wohnungsmangel, finanzielle Schwierigkeiten, Armut) kompliziert und langwierig.

Die Mitarbeiterin unterstützt die Klient:innen bei Kontakten und Behördengängen (Ausländerbehörde, Sozialamt, VHS, Schulen, Kitas, Ärzten) und Terminen mit Rechtsanwälten, Krankenhäusern, Krankenkassen, Wohnungssuche, um nur eine Auswahl der Bedarfe zu nennen. Besondere Fragestellungen und Problemlagen, wie Traumata oder Erkrankungen müssen in der Beratung geklärt werden, bei Bedarf wird mit geeigneten Beratungsstellen, Therapeut:innen oder Rechtsanwäl:t:innen kooperiert.

Die Arbeit ist weiterhin von großer Vielfalt in jeder Hinsicht gekennzeichnet. Die vielen Sachverhalte führen zu der fortwährenden Notwendigkeit neue Informationen zu beschaffen, neue Netzwerkpartner zu finden, gute Kontakte in die Behörden zu unterhalten und bei allem die Bedürfnisse und Emotionen der Klient:innen aufzufangen und auszuhalten. Die Anliegen sind vielfältig und unterscheiden sich vom städtischen Raum durch die ländlich geprägte Struktur, durch den Zuzug von vielen Menschen aus Kriegsregionen und damit einhergehender zeitlich aufwändiger Beratung und Begleitung durch persönliche - sowie online- und telefonische Kontakte.

Die häufigsten Gesprächsthemen in 2022 waren u. a. Gesundheitsprobleme, wirtschaftliche Fragen/Verschuldung, Wohnungssuche – sehr problematisch und zeitaufwändig. Im März, April standen für eine bestimmte Zeit, speziell für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, viele Wohnungen zur Verfügung; die Leute wurden aber auch in Sammelunterkünften, wie Hotels untergebracht. Es kam oft zu Konflikten zwischen den Bewohner:innen, aber zum Teil auch zwischen Mieter und Vermieter. Die Situation hat sich schnell geändert und man findet für die Neuankommenden, auch für Klient:innen, die aus den Hotels ausziehen möchten, keinen Wohnraum mehr. Sehr problematisch und schleppend läuft die Integration in den Arbeitsmarkt. Es kamen viele Nachfragen, die mit dem Jugendamt, VHS, Schulen und Kitas zu klären waren.

Der MFD kooperierte mit anderen Beratungsstellen des Diakonischen Werkes: Schwangeren-, Schuldner-, Suchtberatung. Ohne Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde, dem Jobcenter, der VHS-Hunsrück, mit Schulen, Kitas und anderen Ämtern/Institutionen wäre die Arbeit nicht zu leisten. Nach wie vor gibt es viele Klient:innen, die mit modernen Medien nicht so vertraut sind, in Orten leben, wo es Probleme mit dem Internet gibt, oder schlichtweg in Haushalten keine PCs vorhanden sind. Diese hatten besonderen Unterstützungsbedarf, da beim Jobcenter Onlineberatungen durchgeführt werden sowie mit Anmeldungen/Ausfüllung von Anträgen, die onlinebasiert sind.

Im Jahr 2022 war der MFD Hunsrück bei verschiedenen Präsenz- und Online-Tagungen, Veranstaltungen vertreten. Die AG „Beratung und Begleitung“ und AG „Sprachen“ haben im Rhein-Hunsrück Kreis ihre Arbeit fortgeführt. Es wurden Kontakte mit den Migrationsbeiräten in der Region aufgenommen, um stärker mit ihnen zu kooperieren und zusammenzuarbeiten. Die Sitzungen wurden von der MFD Fachkraft mitorganisiert und durchgeführt. Nach Bedarf wurden die Dozent:innen und die Teilnehmer:innen der VHS Kurse in Simmern von der MFD Mitarbeiterin beraten und unterstützt.

Offene Treffs, Gruppenangebote sind ein wichtiger Teil der Integrationsarbeit. Die persönlichen Kontakte nahmen im Laufe des Jahres zu, was sich positiv auf die Integration unserer Klient:innen auswirkte. Mit Gruppenangeboten findet sich eine Plattform, Einheimische mit Migrant:innen in Kontakt zu bringen und so eine interkulturelle Öffnung der Gesellschaft zu fördern.

Der Bereich Ehrenamt spielt in der Begleitung von Menschen mit Fluchthintergrund weiterhin eine große Rolle. Der MFD hat auch im Jahr 2022 mit ehrenamtlichen Begleiter:innen für Menschen mit Migrationshintergrund gearbeitet. Es wurden auch ehemalige Klienten in die Begleitung von Hilfesuchenden eingebunden. Bei der großen Welle der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine halfen beispielsweise Spätaussiedler:innen bei Verständigungsproblemen, bei Begleitungen zu Ämtern, Schulen, etc. Auch bei Terminbuchungen bei Botschaften, bei der Beantragung von Pässen, Begleitung bei Vaterschaftsanerkennung, bei Gerichtsverhandlungen war die Unterstützung von Ehrenamtlichen auch sehr hilfreich.

Ehrenamtliche gehen auf Geflüchtete zu, helfen ihnen und erleichterten somit die Klärung komplexer Sachverhalte. Sie lernen aus Erfahrung, dass der Umgang mit zugewanderten Menschen bereichernd ist. Motivierung und Unterstützung der Ehrenamtlichen, Multiplikator:innen mit und ohne Migrationshintergrund ist eine wichtige Aufgabe der MFD Mitarbeiterin. Nur dem hohen ehrenamtlichen Engagement der mitwirkenden Menschen ist es zu verdanken, dass die Integrationsarbeit ganz konkret vor Ort stattfinden kann. Ohne die Hilfe von Ehrenamtlichen hätte die Mitarbeiterin die vielen komplexen

Beratungsfälle nicht bewältigen können. Daher ist die Stärkung und Begleitung der Ehrenamtlichen ein wichtiger Teil der Arbeit.

Migrationsfachdienst als landesgefördertes Projekt (MFD), Bad Kreuznach

Mit dem Beitritt des Kirchenkreises An Nahe und Glan in das gemeinsame Diakonische Werk übernahmen wir auch zwei Mitarbeiter:innen aus dem ehemaligen Ausländerpfarramt in Bad Kreuznach. Diese kamen aus einem auslaufenden EU-Projekt und die Weiterführung der Stellenanteile musste zunächst einmal gesichert werden. Durch Gespräche mit dem Integrationsministerium des Landes RLP gelang es immerhin eine halbe Stelle Migrationsfachdienst längerfristig zugesagt zu bekommen sowie im Jahr 2022 durch zur Verfügung gestellte „Sondermittel Ukraine“, die Stellenanteile insgesamt auf 1,5 aufzustocken. Eine der bisherigen Mitarbeiterinnen wechselte den Fachbereich, so dass wir ab Mitte des Jahres dann mit einer ukrainischen Mitarbeiterin speziell für diese Zielgruppe starten konnten.

Der Aufbau der Beratungsarbeit mit Blick auf die neue Zielgruppe – Menschen ohne einen unmittelbaren Perspektivtitel auf Bleiberecht sowie die Ukrainer:innen – stand am Standort Bad Kreuznach zunächst im Vordergrund. Es stellte sich schnell heraus, dass viele Menschen die Unterstützung der MFD Stelle dringend benötigen. Die Einrichtung der Stelle sprach sich schnell herum und Menschen kamen vor Allem persönlich zur Beratungsstelle um einen Termin anzufragen. Deutlich wurde auch von Beginn an, dass im ganzen Landkreis die Beratung benötigt wurde, auch wenn die meisten Anfragen von Menschen aus der Stadt Bad Kreuznach kommen. Auf Grund dessen waren in den ersten Monaten die Beratungstermine zunächst dazu da, um einen Überblick über die dringendsten Angelegenheiten zu gewinnen, manche Fälle an Anwaltskanzleien anzubinden und existenzsichernde Maßnahmen schnell umzusetzen.

Durch das breit gefächerte Feld der Zielgruppe sind auch die Beratungsanfragen sehr vielfältig. Eigentlich alle Klient:innen sind jedoch geflüchtete Menschen. Die meisten davon kommen aus Afghanistan und Syrien. Die zwei größten Themenbereiche sind Aufenthalt und soziale Leistungen. In Bezug auf SGB II Leistungen fragen die Menschen bei der Beratungsstelle nach Terminen um „nur“ etwas auszufüllen. Daraus entstehen dann jedoch meist langfristige Fälle, da das Sozialleistungssystem so kompliziert und fordernd ist, dass man den Menschen viel erklären und helfen muss, bis eine Selbständigkeit erreicht wird. Oft besteht die Beratung darin, eine Art „Vermittlungsperson“ zu sein, da die Kommunikation zwischen Klient:in und Sozialleistungsbehörde wegen Sprachbarrieren oder anderen Verständigungsschwierigkeiten nicht funktioniert. Leider wird hierbei oft deutlich, dass die Ansprüche an Sprache und Verständnis für die Klient:innen viel zu hoch sind.

Im Aufenthaltsrecht geht es bei vielen Menschen um die regelmäßige Weiterbeantragung der Aufenthalte. Aber auch die Anträge auf Niederlassungserlaubnis und die Begleitung bei der Einbürgerung werden immer mehr zu Beratungsthemen. Andere Anträge und Themen mit der Ausländerbehörde und dem BAMF (Ablehnungen von Aufenthalten und Asylanträgen, Duldungen nach § 60b, Dublin-Bescheide) werden teils mit Anwaltskanzleien zusammen bearbeitet. Hier kann die Beratungsstelle oft helfen, die Kommunikation zu vereinfachen. Die Beratungsarbeit im Zuge des Familiennachzuges ist ein weiterer großer Teil. Hierbei stellt sich immer wieder als Problem heraus, dass die Botschaften in den verschiedenen Ländern unterschiedlich arbeiten und kaum ein Fall wie der andere bearbeitet werden kann. Frustrierend für Klientinnen und Klienten hierbei sind die langen Wartezeiten.

Auch die Menschen aus der Ukraine, die Hilfesuche hatten, fanden ohne Probleme zum Standort der MFD Stelle. Die Besetzung der Stelle mit einer Muttersprachlerin sprach sich auch sehr schnell herum. Daher musste in den ersten Wochen und auch Monaten viel Koordinierungsarbeit geleistet werden. Da es seit einigen Monaten viele Angebote für geflüchtete Menschen aus der Ukraine gab, konnten die Aufgaben gut verteilt werden. Allerdings führte das auch zu einer Art „Informationsflut“, bei der sich viele Dinge täglich änderten und neu aufkamen.

Von Beginn an war der Übergang von Klient:innen aus dem Asylbewerberleistungsbezug zum Jobcenter ein großes Thema, der durch die Stellenbesetzung zur Jahresmitte bundespolitisch bereits beschlossen war. Dieser „pauschale“ Übergang von fast allen Menschen aus der Ukraine führte dazu, dass die Behörden schnell eine Überlastung anzeigten. Diese spiegelte sich auch in der Beratung wider. Viele Betroffene, Ehrenamtliche und Unterstützende klagten ihre Frustration über lange Wartezeiten und die schwere Erreichbarkeit.

Ein zweites großes Thema in der Beratung war im Jahr 2022 die Wohnungssuche für Menschen aus der Ukraine. Da im Landkreis Bad Kreuznach viele als Übergangslösung in einer Sammelunterkunft untergebracht waren, suchten vor allem die Bewohner:innen dieser „Halle“ dringend nach eigenem Wohnraum. Dabei unterstützte die MFD Stelle vor allem in Bezug auf die SGB II Leistungen, die dann auch die Miete umfassen würden.

Darüber hinaus erreichten die Beratungsstelle regelmäßige Anfragen zu Deutschkursen, Einschulung der Kinder und Anmeldung bei den Kindertagesstätten. Andere Anfangsthemen wie Krankenversicherung, Kindergeld, Elterngeld und andere Sozialleistungen kamen auch regelmäßig auf.

Migrationsberatung für Erwachsene (MBE), Trier und Konz, Bundesprojekt

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) richtet sich an erwachsene Zuwanderer und ihre Familien mit einem dauerhaften Aufenthaltsstatus, unabhängig von Religion und Herkunftsland, neu zugewanderte Migrant:innen, Teilnehmer:innen an Integrationskursen, bereits länger in Deutschland lebende Zuwanderer mit unzureichenden Deutschkenntnissen. Die MBE wurde in 2022 an den Standorten Trier und Konz angeboten.

Das Beratungsangebot umfasst die individuelle Beratung und Förderung der Zuwanderer zu allen Fragen der Aufnahme und Integration, eine bedarfsorientierte Vermittlung in Integrationskurse und die sozialpädagogische Begleitung der Teilnehmenden. Außerdem die Förderung der Integrationsprozesse mit der Methode des Case Managements, Mitarbeit in kommunalen Netzwerken, migrationspolitischen Gremien und Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterstützung bei der interkulturellen Öffnung von Institutionen und der öffentlichen Verwaltung.

Im Rahmen der Migrationsberatung wurden im Jahr 2022 436 Personen beraten. Im 1. Halbjahr 2022 verzeichnete die MBE eine Erhöhung der Zugangszahlen von 25 %, so dass ab dem 2. Halbjahr 2022 die Zugangszahlen mit Hilfe einer Warteliste gesteuert werden mussten. Im Vergleich zum Vorjahr sank dadurch die Zahl der im gesamten Jahr beratenen Klienten leicht. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Beratungsanliegen an Komplexität gewinnen und alleine die Zahl der beratenen Klienten keine Aussage über das Arbeitsaufkommen zulässt. Hinzu kommt, dass Beratungsanfragen von aus der Ukraine vertriebenen Menschen ab Juli durch eine aus Kirchenmitteln finanzierte Kollegin bedient wurden und daher nicht in der Statistik der MBE auftauchen. Die Kollegin hat von Juli bis Dezember 2022 insgesamt 40 Klienten beraten und begleitet. Zum 1. Januar 2023 wurde diese bisher aus Kirchenmitteln finanzierte Stelle in die MBE übernommen.

Der Großteil der Klient:innen kam auch im Jahr 2022 aus Syrien, gefolgt von Afghanistan, Iran, Eritrea, Somalia und Ägypten, Ukraine u. a.. Die Themen in der Beratung sind weiterhin sehr vielfältig. Fragen der Pandemie sind in den Hintergrund gerückt. Im Vordergrund standen im 1. Halbjahr Anfragen von Ukrainerinnen bezüglich des Aufenthaltes, der Wohnsituation, der Versorgung von kranken und oft behinderten Kindern, etc. Aber auch im Rahmen der bisherigen Arbeit wurden verstärkt Anfragen bezüglich Familiennachzug gestellt sowie Fragen zur Einbürgerung, zu Verbraucher- und sozialrechtlichen Fragen und zur Arbeitsaufnahme.

AMIF - Projekt Vielfalt-Plus

Das Projekt Vielfalt Plus konnte, aufgrund der Einschränkungen die sich durch die Corona Pandemie ergeben hatten, bei gleichbleibenden Kosten verlängert werden. Das Ende des Projektes war der 31.10.2022. So konnten Maßnahmen die im Zeitraum der Pandemie nicht stattfinden konnten, nach-

geholt werden. Im Jahr 2022 hat das Projektteam verschiedene Bildungsseminare und Abendseminare durchgeführt. Weiter nutzten pädagogische Fachkräfte mehrfach die im Projekt angebotene kostenlose Fallberatung. Auch die selbstentwickelten Moodles (Lernplattformen zur individuellen Wissensaneignung) wurden von vielen Personen genutzt. Das Projektteam konnte somit ein Erreichen der gesetzten Indikatoren sicherstellen.

Im Projektjahr 2022 entwickelten die Mitarbeiterinnen das Konzept von Vielfalt Plus für eine neue Antragsstellung weiter, hierfür dienten ihnen insbesondere die im Projekt gemachten Erfahrungen, sowie der aktuelle wissenschaftliche Diskurs zur Transkulturalität.

Im September fand eine Abschlussprüfung des Projektes durch einen Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration statt. Das Projekt wurde positiv geprüft und es waren keine Nachbesserungen notwendig. Das Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden und wurde vom Projektteam intern evaluiert. Die Veröffentlichung der Ausschreibung für neue AMIF-Projekte verzögerte sich seitens des BAMF. So dass das entwickelte Konzept erst im Oktober 2022 digital eingereicht werden konnte. Das neue Projekt startete trotzdem im November 2022. Hier waren die Aufgaben in 2022: Umgestaltung des Logos, Ausbau des Netzwerkes, Planung der Veranstaltungen für 2023 und die Akquise (fürs Projekt im Allgemeinen und die Veranstaltungen 2023). Aufgrund der noch nicht erfolgten Bewilligung, werden ausschließlich die grundlegendsten Maßnahmen des Projekts geplant und im Jahr 2023 durchgeführt. Für die Umsetzung weiterer geplanter Maßnahmen ist zusätzliches Personal notwendig und dieses kann erst bei erfolgter Bewilligung eingestellt werden.

Jugendmigrationsdienst (JMD) – Bundesprojekt

Nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) hat der Jugendmigrationsdienst (JMD) den Auftrag der „Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund“. Er bietet jungen Menschen im Alter von 12 bis 26 Jahren Hilfestellungen bei zuwanderungsbedingten Problemen an. Diese umfassen die sprachliche, schulische, berufliche und soziale Eingliederung in die Gesellschaft. Das Case Management und die Beratung bilden den Schwerpunkt der Arbeit. Zudem steht der JMD für die Interessen seiner Klientel im Sozialraum ein und konzipiert bedarfsbezogene Gruppenangebote. Der Jugendmigrationsdienst in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Trier, Simmern-Trarbach und An Nahe und Glan hat einen Stellenanteil von 0,5. Das Büro befindet sich im Römerberg 3, 55469 Simmern.

Durch die sehr ländliche Struktur im Flächenlandkreis mit schlechten Mobilitätsverhältnissen ist neben der Beratungsstelle auch eine aufsuchende Beratung erforderlich.

Die Gesamtzahl der im Jahr 2022 im Rahmen vom Case Management begleiteten jungen Menschen betrug 49 plus 27 Beratungen bei einem Stellenanteil von 0,5. Die meisten von ihnen waren 19-27 Jahre alt und Ausländer:innen in der 1. Generation. Sie hatten mehrheitlich keinen im Ausland erworbenen Schulabschluss und keine Berufsausbildung. Es handelte sich vorwiegend um Geflüchtete aus den Jahren um 2015. Für einen Stellenanteil von 0,5 sind 25-32 Case Management Fälle vorgesehen. 49 überschreiten den Rahmen bei weitem. Wegen fehlender Finanzierung gibt es einen großen Lehrkräftemangel für Sprachvorkurse an den Schulen im Rhein-Hunsrück-Kreis. Es kann kein differenzierter Sprachunterricht erteilt werden und der Stundenumfang ist insgesamt zu gering. Auch ließ es sich erkennen, dass ein beachtlicher Teil der geflüchteten jungen Menschen schulisch nicht sozialisiert ist und keine oder kaum Grundbildung hat, je nach dem Herkunftsland und der Dauer der Flucht. Es fehlt an Möglichkeiten zur differenzierten fachlichen Beschulung, was auch den Regelunterricht belastet. Die eine Schülergruppe kann nicht ausreichend und adäquat gefördert und die anderen nicht nach ihren Möglichkeiten gefordert werden.

In Rahmen von „Solidarischem Miteinander im Rhein-Hunsrück-Kreis, abgekürzt SoliMi“, eine Mitmach-Kampagne unter der Schirmherrschaft von Landrat Volker Boch, veranstalten der Frauennotruf, das Begegnungscafé Friends, die Jugendmigrationsdienste bei der Diakonie und beim IB und die MBE bei der Caritas seit Juni 2022 einmal im Monat Frauengesprächsrunden im Café Friends in Simmern.

Frauen aller Nationalitäten werden eingeladen zum geselligen, interkulturellen Austausch bei Kaffee, Tee und Gebäck. Es gibt zudem ein vorbereitetes Thema. Ziele sind, dass die Frauen sich kennenlernen und untereinander austauschen. Im gemeinsamen Gespräch können Deutschkenntnisse ausprobiert und verbessert werden. Es sollen wichtige Informationen, wie z. B. zu LiF (Lernen in Ferien) weitergegeben werden. Themenwünsche der Frauen sind erwünscht. Dies alles soll der Stärkung für die alltäglichen Herausforderungen und des Selbstbewusstseins dienen. Während dieser Frauentreffen ist das Café Friends für Männer geschlossen. Kinder werden betreut und beschäftigt.

Im Zuge der Lockerungen der Corona-Regelungen galt es ab der 2. Jahreshälfte 2022 alte Kooperationen wieder aufleben zu lassen, neue anzubahnen, bestehende Angebote in Umfang und Qualität anzukurbeln und Neues zu entwickeln.

Durch ein langjähriges Miteinander, gewachsene Beziehungen gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde, dem Jobcenter, Firmen, Schulen, Beratungsdiensten, Ehrenamtlichen der Begegnungscafés, Jugendzentren, Religionsgemeinschaften, sowie mit anderen zentralen Kooperationspartner:innen recht gut. Auf der Grundlage von Datenschutzentbindungen werden Absprachen auf kurzem Wege per Telefon oder E-Mail getroffen und Informationen ausgetauscht.

Der Jugendmigrationsdienst beim Diakonischen Werk arbeitet sehr eng und erfolgreich mit den Ehrenamtlichen der Begegnungscafés zusammen. Diese agieren „an der Basis“, setzen Praktisches um und nutzen ihre Kontakte im Sozialraum. Umgekehrt konsultieren sie die Hauptamtliche, wenn Fachkompetenz gefragt ist. Es ist ein Geben und Nehmen, das sich bewährt.

Jugendmigrationsdienst Respekt Coaches, Bundesprojekt

Unterschiedliche Meinungen akzeptieren, Position beziehen, argumentieren – das Präventionsprogramm JMD Respekt Coaches macht demokratische Werte für junge Menschen erlebbar und stärkt sie in ihrer Persönlichkeit. Mit präventiven Angeboten fördert das Programm Respekt, Toleranz und den Abbau von Vorurteilen an Schulen. Schülerinnen und Schüler erfahren den Wert einer vielfältigen Gesellschaft. Ziel ist es, den Blickwinkel zu erweitern und unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Damit trägt das Programm langfristig zu einem gesunden Klassenklima und Zusammenhalt in der Schule bei. Die Jugendmigrationsdienste (JMD) setzen das Programm in den Schulen gemeinsam mit Partnern der politischen Bildung um.

Bis Mitte September 2022 waren beim Jugendmigrationsdienst des Diakonischen Werkes der Ev. Kirchenkreise Trier, Simmern-Trarbach und An Nahe und Glan gGmbH anderthalb Stellen „Respekt Coaches“ aus dem Vorhaben des BMFSFJ angesiedelt. Am 15.09.2022 endete das Arbeitsverhältnis des Stelleninhabers der Vollzeitstelle. Die Kooperation mit der Paul-Schneider-Realschule Plus und Fachoberschule Sohren/Büchenbeuren wurde zum 30.09.2022 zunächst eingestellt. Aufgrund des geringen Zeitraums bis Ende des Jahres wurde die Stelle nicht mehr nachbesetzt und ist im Rahmen der Mittelkürzungen auf Bundesebene als Vakanz komplett weggefallen. Die Friedrich-Karl-Ströher Realschule Plus Simmern wurde von der Stelleninhaberin der Teilzeitstelle das gesamte Jahr 2022 über bedient. Die Kooperation besteht in 2023 fort.

Folgende Gruppenangebote fanden statt:

- Führungen im Haus der Geschichte
- Mindset, Stärkung der Sozialkompetenz und Selbstwirksamkeit
- Schulkinoveranstaltung „Der Pfad“ (Der Film behandelt verschiedene Facetten von Flucht)
- Schulkinoveranstaltung „Je suis Karl“ (Der Film zeigt, wie schnell Trauer, Wut oder Angst Menschen dazu bringen können, sich gänzlich von ihren eigentlichen Idealen abzuwenden - und die potenzielle Gefahr, die für demokratische Gesellschaften von einer europaweit vernetzten, strategisch klugen und manipulativen rechtsextremen Bewegung ausgeht)

- Gewalt- und Kriminalprävention durch ehemalige Häftlinge vom Verein „Gefangene helfen Jugendlichen“
- Die drei Klassen der Jahrgangsstufe 8 fuhren nacheinander zu dreitägigen Klassenfahrten mit den Themen „Stand up against Rassismus und Diskriminierung“ und „Respekt!“ nach Vallendar zur Pallottinischen Jugendbildungsstätte Haus Wasserburg.

Mit einem übrig gebliebenen Stellenumfang von insgesamt nur noch 0,5 können der Kooperationschule die Möglichkeiten, die das Programm Respekt Coaches vorhält, nicht in vollem Umfang angeboten werden.

Ehrenamtskoordination Trier

Seit September 2015 gibt es das Projekt „Ehrenamtliche Flüchtlingsbegleitung“ als Kooperationsprojekt des Diakonischen Werkes mit der Stadt Trier und der Ehrenamtsagentur Trier. Seit dem 01.07.2019 wird das Projekt durch das Land Rheinland-Pfalz mitfinanziert.

Im Jahr 2022 spielten Austausch und Vernetzung der ehrenamtlich Engagierten untereinander und mit Hauptamtlichen eine wichtige Rolle. Nach zwei Jahren, in denen viel an Strukturen und Vernetzung verloren gegangen ist, wurden die Angebote in diesem Jahr mehr und mehr angenommen. Die Öffnung der Austauschtreffen für Interessierte und Geflüchtete half, den pandemiebedingten Rückzug vor allem Älterer aufzufangen. Diese Treffen wurden in Zusammenarbeit mit der Ehrenamtsagentur durchgeführt.

Ein wichtiger Beitrag bestand wie auch in den Vorjahren in der fachlichen und inhaltlichen Begleitung nach dem „Matching“, der Vermittlung geeigneter Tandempartner:innen und auch die Intervention und Problembearbeitung an Stellen, bei denen es „knirscht“. Es kommt selten vor, dass Begleitungen gelöst werden. Häufiger als früher wurde es notwendig, für bestimmte Anliegen spezialisierte Ansprechpersonen zu suchen, sei es durch die Anbindung/Weitervermittlung an Fachstellen oder die gezielte Unterstützung durch weitere, i. d. R. dann muttersprachliche Ehrenamtliche. Die Ehrenamtlichen meist syrisch-kurdischer und syrisch-arabischer Herkunft werden bei der Ehrenamtskoordination der Diakonie durch eine arabischsprachige Kollegin betreut. Umfassende Begleitungen in Form von „Patenschaften“ wurden vermittelt, aber traten zugunsten anderer Unterstützungsformen in den Hintergrund. Es wurde seitens der Geflüchteten eher nach punktueller Unterstützung gesucht, beim Deutschlernen oder bei der Wohnungssuche.

Durch den Ukraine-Krieg stiegen bei allen Fachdiensten die Anfragen und der Wunsch nach Beratung, so dass die Unterstützung der Ehrenamtlichen auch in fachlichen Fragen zu einem größeren Teil als in den Vorjahren im Rahmen der Ehrenamtskoordination stattfand.

Im Vergleich zu den Vorjahren nahm die seelische Belastung von Ehrenamtlichen aufgrund akuter Krisen und sich zuspitzender äußerer Faktoren (Teuerung, Krankheit, Krieg, Trennung von der Familie) wieder zu. Hier konnten wir mit einer auf Nachfrage angebotenen professionellen Supervision für Entlastung sorgen.

Veranstaltungen und Angebote:

Zentraler Eckpfeiler unserer Arbeit sind Schulungen für die ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleiter:innen. Sie bestanden aus folgenden Modulen:

- Migration und Integration in Deutschland, Flucht und Asyl, Rolle von Haupt- und Ehrenamt im Integrationsprozess
- Interkulturelle Perspektiven: Kommunikation, Stereotypen und Lösungsansätze
- Grundlagen des Asylrechts
- Psychologische Unterstützung bei Trauma und belastenden Situationen
- Praktikum und Ausbildung

An zwei Schulungsdurchgängen im Verlauf des Jahres 2022 nahmen insgesamt 22 Interessierte teil.

Beide Schulungsdurchläufe konnten wieder in Präsenz stattfinden. Erfreulich war im vergangenen Jahr ebenfalls, dass auch sieben Ehrenamtliche mit Fluchthintergrund an den Schulungen teilnahmen. Von deren Erfahrungen und Rückmeldungen profitierten mehrere Module der Schulungsreihe enorm.

Wie bereits in den Jahren zuvor fanden auch im vergangenen Jahr die monatlichen niedrigschwelligen Austauschtreffen in der Flüchtlingshilfe statt. Aufgrund von Änderungen im Budget wurde die Anzahl der Treffen auf sechs reduziert. Ziel der Treffen war und ist es, dass die in der Flüchtlingsarbeit Aktiven die Möglichkeit erhalten, sich untereinander auszutauschen, ihre bisherigen Erfahrungen mitzuteilen, sich gegenseitig Tipps zu geben, Fragen zu stellen oder sich über spezielle Themen zu informieren. Hierzu wurden verschiedene Referenten eingeladen.

Folgende Themen wurden im vergangenen Jahr angeboten:

- „Themenfindung für das neue Jahr. Wie läuft's aktuell in der Trierer Flüchtlingshilfe? Wo ist besonderer Bedarf?“
- „Rassismuserfahrungen - ein Austausch mit Betroffenen“
- „Ukrainehilfe Trier“ - aktueller Stand in der Flüchtlingshilfe sowie Möglichkeiten des Engagements.
- „Zehn Alltagssituation und wie Menschen aus fünf Kulturen diese erleben und unterschiedlich meistern“. Ein Treffen im Rahmen der Interkulturellen Woche.
- „Energiespartipps. Der Stromspar-Check der Caritas stellt sich vor.“
- „Wie ist das Jahr gelaufen? Ein Austauschtreffen im Rahmen eines Adventscafés. Wer ist wie und wo ehrenamtlich aktiv in der Flüchtlingshilfe. Einheimische und Zugezogene tauschen sich aus“.

Bei der Planung der Treffen sind wir auf die Rückmeldung der Ehrenamtlichen sowie auf die Geschehnisse der aktuellen Zeit eingegangen und haben damit sehr positive Rückmeldungen von Seiten der Ehrenamtlichen erhalten. Die beständige Rückkopplung mit den Adressat:innen unserer Arbeit sorgt nicht nur für ein bedarfsgerechtes Angebot, sondern auch für eine enge Anbindung und eine positive Grundhaltung der Ehrenamtlichen im Hinblick auf die Ehrenamtskoordination, da sie sicher sein können, in ihren Belangen ernst genommen zu werden.

Bei einem Fachtag im Juni zum Thema Ukraine konnten wir Aktive und Interessierte ansprechen, die sich in ihrem Umfeld für ukrainische Geflüchtete engagieren und bis dahin noch keine solche Veranstaltung besucht hatten. Referent:innen der Refugee Law Clinic, der Diakonie und des Jobcenters informierten in kompakter Form zu relevanten Aspekten und Unterschieden zur Rechtslage. Zuvor fand die Kontaktaufnahme von und zu Ehrenamtlichen und Aktiven über Messengerdienste, Soziale Medien (Facebook-Gruppe) und telefonisch statt.

Netzwerkarbeit, Teilnahme an Arbeitskreisen und Aktionswochen:

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus und innerhalb der Interkulturellen Woche 2022 nahm die Ehrenamtsagentur als Kooperationspartner im Projekt mit je einer Veranstaltung teil. Regelmäßige Teilnahme an Arbeitskreisen wie dem AK Schule und Beruf und dem Runden Tisch Migrantinnen, sowie an Vernetzungstreffen von Trägern im Arbeitsfeld Flucht, Migration und Ehrenamt sorgen für einen zuverlässigen Austausch von Informationen. Durch diese Netzwerktreffen wird die Zusammenarbeit der Akteure untereinander wesentlich verbessert, was im Interesse der Mitarbeitenden und der Klient:innen liegt, um das individuell beste Ergebnis zu erzielen.

Erfahrungen, Bilanz:

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat 2022 nach 2015/16 zu einem erneuten starken Zustrom von Geflüchteten geführt. Dabei hat sich gezeigt, dass die in den vergangenen Jahren aufgebauten Strukturen im Bereich der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten stabil und resilient waren. Somit konnte sowohl auf die neuen Bedarfe reagiert werden, wie auch die bestehenden und sich in Teilen verfestigenden sozialen Probleme bei der Integration von Zugewanderten in besonderen Lagen weiterhin aufgegriffen werden.

Es lassen sich dennoch bei Ehrenamtlichen in Teilen Ermüdungserscheinungen feststellen, vor allem, da durch die Pandemie, Inflation und Teuerung eine dauerhafte Krisenstimmung auch in Teilen der Mehrheitsgesellschaft zu spüren ist. Das wirkt sich natürlich auf ehrenamtliches Engagement aus. Eine gut etablierte Ehrenamtskoordination, die in ständigem Kontakt mit Ehrenamtlichen und Geflüchteten steht, und auf die Wünsche und Bedürfnisse beider Gruppen schnell und individuell reagieren kann, hat sich hier als begünstigender Faktor für die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements erwiesen.

Projekt MABIL

Im Projekt „Migrantinnen als Bildungs- und Integrationslotsinnen – MABIL“ (gefördert von der Nikolaus-Koch-Stiftung) werden Migrantinnen/Frauen mit Fluchthintergrund mit Familien zusammengebracht, die sie mit ihrer Erfahrung unterstützen, um die Bildungschancen der Kinder zu verbessern und die Familien zu stärken.

Neben den mehrere Monate andauernden festen Begleitungen haben Einzeltermine (von Schulen und Kitas) sowie Gespräche im informellen Kontext (Nachbarschaft, „Tür- und Angelgespräche“) deutlich an Bedeutung gewonnen. Hier ist eine positive Entwicklung erkennbar: In vielen migrantischen Familien besteht kein Bedarf mehr an einer Rundum-Betreuung, sondern es wird nach Antworten auf spezifische Fragen oder nach der Bearbeitung konkreter Konflikte gesucht. Der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ greift an dieser Stelle sehr gut.

Wichtige Beratungsanliegen sind nach wie vor das Finden einer Kita oder der passenden Schule und das Beantragen von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Mittelpunkt. Aber auch klassische inter- und transkulturelle Fragen werden inzwischen vermehrt mit den Beraterinnen erörtert, was die wichtige Funktion als Vermittlerinnen zwischen Neuzugewanderten und Aufnahmegesellschaft bestätigt.

Die Beraterinnen begleiten die Familien wertschätzend und in Abstimmung auf Augenhöhe. Das Wissen, dass das Ende einer festen Begleitung nicht gleichzeitig bedeutet, wieder auf sich allein gestellt zu sein, hilft den Familien sehr, „loszulassen“. Durch die Anbindung an andere Dienste (Sozialdienst, Migrationsberatung, Ehrenamtskoordination, Psychosoziales Zentrum) können auch Familien mit komplexen Problemlagen zielgerichtet und passgenau unterstützt werden.

Die Begleiterinnen schaffen für die Familien die Möglichkeit, sich auf die Entwicklung und Förderung der Kinder zu konzentrieren, ohne dass existenzielle Ängste und Verantwortung für andere diese wichtige Aufgabe überlagern und zu einer Überforderung der Eltern (bzw. in vielen Fällen der Mütter) führen. Die Familien, vor allem die Mütter, lernen auch durch die Rollenvorbilder, welche Möglichkeiten sie und ihre Kinder in Deutschland haben. Für einige (bei alleinerziehenden Müttern) ist eine Begleitung auch die Chance, sich eine Rolle zu erarbeiten, die ihnen kulturell erst einmal fremd ist, die des Haushalts- und Familienvorstands.

Die Beobachtungen und Ergebnisse aus 2020 und 2021 gelten im Großen und Ganzen auch für 2022 weiter. Die Beraterinnen besitzen in den jeweiligen Communitys hohes Ansehen und werden auch weiterempfohlen. Sie entscheiden im Einzelfall nach Absprache oder selbstständig unter Berücksichtigung ihrer Kapazität, ob eine feste Begleitung zustande kommt, oder ob es bei informellen Gesprächen bleibt. Gerade bei inter- und transkulturellen Fragestellungen oder Konflikten (Klassenfahrten, gemischtgeschlechtliche Freundschaften) kann es für die Familien völlig ausreichen, sich bei Gesprächs- und Klärungsbedarf an die Beraterinnen zu wenden. Dieses Angebot senkt merklich die Hemmschwelle, Beratung zu suchen und Konflikte anzusprechen, eine Entwicklung, die wir sehr positiv und integrationsfördernd einschätzen.

Sozialdienst Trier

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 321 im Trierer Stadtgebiet lebende Personen sozial betreut. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Geflüchtete mit abgeschlossenem Asylverfahren und gültigem Auf-

enthaltstitel. 166 Geflüchtete waren männlichen, 155 weiblichen Geschlechts. Sie stammten aus elf verschiedenen Herkunftsländern (Syrien, Afghanistan, Staatenlos, Somalia, Iran, Sudan, Irak, Ägypten, Kongo, Pakistan, Jordanien).

Bis kurz vor Jahresende diente das Büro des Sozialdienstes in der ehemaligen Schule „Unter Gerst“, Schulstraße 21, 54293 Trier-Ehrang als Anlaufstelle für Beratungsgespräche. Mitte Dezember erfolgte ein Umzug in die Engelstraße 11a, 54292 Trier. Durch die zentralere Lage ist eine gute Erreichbarkeit für Bewohner aller Stadtteile gegeben. Nur bei Bedarf fand aufsuchende Sozialarbeit in Form von Hausbesuchen statt. Zum Ende des Jahres erfolgte zudem eine Änderung der Projektstruktur. Im Rahmen der damit einhergehenden Zielgruppenänderung wurde die Begleitung der bisher sozial betreuten Geflüchteten zum 31.12.2022 eingestellt. Ab Mitte Dezember wird die Betreuung der Geflüchteten, die aus der Jägerkaserne ausziehen, durch den Sozialdienst sichergestellt, ebenso die Unterstützung während und nach dem Transfer (Umzug aus der AfA in die Gewährleistungswohnung). Im weiteren Verlauf steht der Sozialdienst für die Zielgruppe als Ansprechpartner zur Verfügung und leistet Unterstützung bei dem Erhalt von Sozialleistungen, der Gesundheitsversorgung, dem Zugang zu Sprach-/ Integrationskursen, der Anmeldung bei Schulen und Kitas, bei bürokratischen Anliegen etc.

Im gesamten Jahr wurden 2.709 Beratungen, Kurzberatungen und Kontakte erfasst. Beraten wurden insgesamt 4.859 Personen. Die Anliegen, mit denen sich die Geflüchteten an den Sozialdienst gewandt haben, waren sehr vielseitig. Die Themenschwerpunkte lagen in den Bereichen Soziale Sicherung (Fragen rund um Kindergeld und -zuschlag, Elterngeld, ALG II, Wohngeld, Einkommen aus Erwerbstätigkeit etc.), Verbraucherfragen, Formularhilfen, Gesundheitsversorgung und Schule. Es erfolgten 2.538 Vermittlungen, die meisten davon ans Jobcenter und andere Ämter (Familienkasse, Ausländerbehörde, Amt für Soziales und Wohnen etc.), Krankenkassen, Schulen, etc. Durch eigenes Einkommen und einer Loslösung aus dem Hilfebedarf und dem Sozialleistungsbezug sind viele mittlerweile dazu in der Lage, ihren Wunsch nach dem Erhalt einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder der deutschen Staatsangehörigkeit zu erfüllen. Allerdings haben dieses Jahr aufgrund der angespannten Wirtschaftslage vermehrt Personen ihren Arbeitsplatz verloren, mussten in Kurzarbeit treten und Anträge auf ALG I stellen. Finanzielle Sorgen waren groß, auch hinsichtlich der Entwicklungen der Verbraucher- und Energiepreise, die Privathaushalte stark belasteten.

Der an den Sozialdienst herangetragene Bedarf bzgl. der Flüchtlingswelle im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine im Februar 2022 war kaum spürbar. Viele Geflüchtete aus der Ukraine, die nach Trier gekommen sind, hatten häufig Unterstützung durch Freunde oder Verwandte vor Ort oder wandten sich an die eigens von der Stadt Trier eingerichteten Stellen zur Beratung und Unterstützung oder an Ehrenamtliche.

Sozialdienst Büchenbeuren

Im Projektjahr 2022 nahmen insgesamt 212 Menschen aus acht unterschiedlichen Herkunftsländern die Unterstützung des Sozialdienstes in Anspruch. Die zu Projektbeginn überwiegend pandemiebedingten, beratenden und unterstützenden Tätigkeiten wurden im 2. Halbjahr durch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine überschattet. Der rasche Zuwachs an Vertriebenen erforderte deutliche Mehrarbeit in den einzelnen Tätigkeitsfeldern. Besonders die Anfragen zu Ausfüllhilfen bei diversen Anträgen war in den ersten Monaten schwer zu bewältigen. Neben sprachlichen Barrieren wurden die Anforderungen an die Antragssteller bezüglich ihrer Nachweispflicht, immer anspruchsvoller.

Viele der ukrainischen Frauen litten durch die traumatischen Erlebnisse unter tiefer Verzweiflung und Traurigkeit. Eine psychologische Beratung zu bekommen ist allgemein, aufgrund fehlender Kapazitäten, schon schwierig. Eine Therapie mit einem Dolmetscher zu finden ist allerdings fast unmöglich. Umso wichtiger war für die Frauen eine Anbindung an einen Hausarzt, welcher die Patientinnen regelmäßig, auch psychologisch untersuchte. Die Nachfrage nach ärztlicher Versorgung war jedoch schon vor dem Zuzug der vielen ukrainischen Frauen kaum zu bewältigen. Um jedem Menschen eine medizinische Grundversorgung zu gewähren wurde in Zusammenarbeit mit einer Ärztin a. D., eine Sprech-

stunde für Geflüchtete eröffnet. Jeden Dienstag haben Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, nach vorheriger Anmeldung, einen Arzttermin wahrzunehmen. Bis Ende des Jahres konnten so die dringendsten Versorgungsengpässe aufgearbeitet werden.

Durch die entstandene Welle der Hilfsbereitschaft, stand auf einmal sehr viel Wohnraum zur Verfügung. Einige Familien, die noch immer in kommunal geführten Häusern leben mussten, konnten davon profitieren und endlich in ein neues Zuhause umziehen. Dadurch hat sich die Wohnraumsituation in den kommunalen Unterkünften etwas entspannt. Die umgezogenen Familien benötigten weiterhin Unterstützung bei den neuen Verpflichtungen als Mieter. Vor allem Miet- und Stromschulden galt es zu verhindern. Auch den Vermietern musste Unterstützung gewährt werden, um Konflikte durch fehlende, gegenseitige Akzeptanz zu verhindern. Bereits nach kurzer Zeit im eigenen Heim, konnte bei den Eltern eine deutliche Verbesserung der Integration durch mehr Eigeninitiative festgestellt werden.

Die Familien, denen es nicht gelungen war, eine eigene Wohnung zu finden, entwickelten Unmut gegenüber den Kriegsgeflohenen aus der Ukraine. Selbstverständlich bemerkten die Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern, dass die Ukrainer viel leichter eigenen Wohnraum anmieten konnten. Hier galt es besonders im aufsuchenden Bereich deeskalierend und vermittelnd auf alle Beteiligten einzugehen.

Vier Großfamilien suchten Ende des Jahres weiterhin eigenen Wohnraum, wohingegen sechs Wohnungen für Großfamilien in kommunaler Unterkunft zum Neubezug fertiggestellt wurden. Die wöchentlichen Beratungsstunden für Frauen in den Räumen der drei Begegnungscafés wurden das gesamte Jahr über sehr gut angenommen. Die Frauen-Café-Nachmittage wurden weiterhin genutzt, um Themen anzusprechen, die die Mütter bewegten. In diesem Jahr waren dies vorwiegend die Ängste durch den Ausbruch des Krieges und deren Auswirkungen, sowie Naturkatastrophen in den jeweiligen Herkunftsländern. Verschiedene Veranstaltungen wie kulinarische Abende und Winterkino wurden besucht.

Trotz der noch immer vorherrschenden Pandemie und dem Ausbruch des Krieges, mit der daraus resultierenden Flüchtlingswelle, wurden im Projektjahr 2022 alle Unterstützungsanfragen, sowie die gesundheitlichen Belange der Geflüchteten, vollumfänglich aufgefangen.

Kompetenzzentrum Rückkehr III (KRIII), Beratungsstelle Trier, für die Kreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz zur geförderten Rückkehr von Flüchtlingen

Das durch den AMIF geförderte Projekt „Kompetenzzentrum Rückkehr III“ zur Unterstützung der Rückkehrberatenden in den Bundesländern Rheinland-Pfalz (RLP) und Thüringen (TH) lief bis zum 30.06.2022. Danach wurde das Projekt von den beteiligten Bundesländern RLP und TH weiter gefördert, in Thüringen allerdings auf erheblich reduzierter Basis (Antrag auf 100 % Landesförderung als Notfallplan ohne AMIF).

Für das Nachfolgeprojekt des AMIF stellte das DW/KR keinen eigenen Antrag, sondern ist in RLP Kooperationspartner der IOM und in TH der Caritas. Die in dieser Projektausschreibung sehr aufwändige Bearbeitung des neuen Projektantrages erfolgte in beiden Bundesländern in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern.

Weiterhin war es die Aufgabe der Beratungsstelle Trier, die Rückkehrberatenden in den Kreis- und Stadtverwaltungen (Behörden) sowie bei freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden von RLP und TH bei allen Fragen zur freiwilligen bzw. geförderten Rückkehr zu unterstützen und zu vernetzen. Im Projekt-

Team tätig sind Projektleiter Herr Einwich und die Fachberaterinnen Frau de Boer (Schwerpunkt TH) und Frau Munding (Schwerpunkt RLP).

Projektdurchführung in Rheinland-Pfalz:

Lt. IOM (REAG/GARP) sind im Berichtszeitraum 310 Personen gefördert aus RLP zurückgekehrt. Die Zahl lag knapp unter dem Vorjahresniveau (2021: 316 Personen). Die wichtigsten Rückkehrländer waren: Nordmazedonien (64), Serbien (32) und Aserbeidschan (26).

Es fanden verschiedene persönliche bzw. online Beratungsgespräche/Informationsveranstaltungen statt.

Im Rahmen der Vernetzungs- und Schulungsarbeit gab es zwei Praxisnetzwerktreffen am 21. März in Koblenz und am 23. März in Landau im 1. Halbjahr sowie zwei Praxisnetzwerktreffen im September jeweils am 26.09. in Trier und am 28.09. in Landau.

Ein regelmäßiger Austausch erfolgte zudem mit den IOM-Rückkehrberatungsstellen, angesiedelt in den AfA's von RLP.

Im Rahmen der Integplan-Fachtagung am 16./17.05. nahm das Team des KR an der IntegPlan Fachtagung teil.

Am 01./02.12. fand in Trier die zweitägige Fachtagung „Landesinitiative Rückkehr“ mit der Schwerpunktregion „Ostafrika“ mit rund 40 Teilnehmenden statt. Die Fachtagung wurde von den Anwesenden mit „Sehr gut“ bewertet.

Projektdurchführung im Freistaat Thüringen:

Lt. IOM (REAG/GARP) sind im Berichtszeitraum 140 Personen (Vorjahr 119) gefördert aus TH zurückgekehrt. Gegenüber dem Vorjahr (119 Personen) war das eine Steigerung um 18 %. Der bundesweite Anstieg lag bei 16 %. Wichtigste Rückkehrländer waren: Irak (28), Albanien (26) und Serbien (20).

Auch hier fanden verschiedene persönliche bzw. online Beratungsgespräche/Informationsveranstaltungen statt.

Die für Juni 2021 geplante Fachtagung „Freiwillige/geförderte Rückkehr im Freistaat Thüringen“ konnte wegen Corona nicht stattfinden und wurde am 09.02. als Online Fachtagung durchgeführt.

Es fanden in beiden Bundesländern Orientierungsgespräche mit Kooperationspartnern (in Rheinland-Pfalz IOM, in Thüringen Caritas), den entsprechenden Fachministerien auf Länderebene und weiteren Beteiligten statt, um die Möglichkeiten der Fortführung der erfolgreichen Arbeit auszuloten, die Vernetzung zu intensivieren, das Beratungsangebot noch effizienter zu gestalten, um so den Nachhaltigkeitsgedanken zu erfüllen.